

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 4.

Montag, den 6. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Preukentag.

Die wachsende Betätigung der Sozialdemokratie auf allen Gebieten der Politik hat eine steigende Arbeitsteilung notwendig gemacht. Neben den allgemeinen Parteitage treten schon seit langem besondere Landesparteitage der einzelnen Staaten zusammen, die im unvollkommen zusammengeleiteten Deutschen Reich fast die ganze innere Verwaltung selbständig regeln und daher in jedem Lande andere politische Probleme stellen. So gut wie Bayern und Württemberg bietet auch Preußen durch seine besondere Gesetzgebung seine besonderen politischen Aufgaben, womit sich nur die preußischen Genossen auf ihrem Landesparteitag zu beschäftigen haben. Aber in viel höherem Maße als die Landesversammlungen für Sachsen oder Bayern muß die preußische das Interesse der ganzen Partei wecken. Nicht nur, weil Preußen der größte Staat ist, in dem die Mehrheit des Volkes wohnt, sondern vor allem deshalb, weil das Deutsche Reich im Grunde nur um eine Anzahl Vasallenstaaten vergrößertes Großpreußen ist. Daher ist die preußische Politik zugleich deutsche Politik. Daher sind auch die preußischen Angelegenheiten in direktem Sinne Angelegenheiten der Gesamtpartei. Diese Tatsache kommt auch darin zum Ausdruck, daß lange keine besonderen preußischen Parteitage bestanden, sondern die preußischen Angelegenheiten von den allgemeinen Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie erledigt wurden.

Aber vor allem sind die preußischen Parteitage für die Gesamtpartei wichtig, weil ihre Hauptaufgabe die Organisation des preußischen Wahlrechtskampfes ist. Als Kriegsrat für die Erwerbung des demokratischen Wahlrechts für Preußen sind sie ins Leben gerufen. Die Erämpfung dieses Wahlrechts ist der Angelpunkt des gesamten politischen Kampfes des deutschen Proletariats; das preußische Wahlrecht ist gleichsam der Schlüssel zu der politischen Herrschaft im Deutschen Reich.

Das Deutsche Reich wird nicht parlamentarisch regiert. Nicht der Reichstag beherrscht, wie die Parlamente in Westeuropa, als oberste Instanz das ganze staatliche Leben; neben ihm steht die Regierung als eine gleichwertige, selbständige Macht, als Minister, in deren Ernennung der Reichstag nichts dreinzureden hat und die an der Spitze des ganzen staatlichen Herrschaftsapparates stehen. Aber diese Regierung hängt nicht in der Luft. Was dem Reichstag als Reichsregierung unter dem Namen „die verbündeten Regierungen“ gegenübertritt, ist in Wirklichkeit die preußische Regierung, die sich auf das reaktionäre Dreiklassenhaus stützt. Soll sie dem Reichstag gegenüber gefügig werden, so muß ihr zuerst diese feste Stütze genommen werden. Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches ist nur möglich durch die Demokratisierung Preußens. Von einer Erwerbung der politischen Herrschaft durch das Proletariat kann keine Rede sein, solange der Junkerburg aufrecht steht. Daher ist der preußische Wahlrechtskampf die Sache des ganzen deutschen Proletariats.

Aber er findet nicht bloß in dieser Zukunftserwägung, sondern zugleich auch in der Augenblicksempfindung seine Grundlage. Solange das allgemeine Wahlrecht nur für ein Parlament gilt, das bloß einen Teil der Politik beherrscht, kann das Proletariat politisch nicht zur Geltung kommen. Mägen die Arbeiter im deutschen Parlament die stärkste Partei bilden, sie werden dennoch vom preußischen Gendarm, vom preußischen Schulmeister, vom preußischen Polizisten, vom preußischen Junker unterdrückt und brutalisiert, und diese Machtlosigkeit findet ihren Ausdruck in dem preußischen Dreiklassenwahlrecht, das die ganze innere Verwaltung in die Hände des Junkertums legt. Daher konzentriert sich aller Haß der Arbeiter gegen ihre Bedrücker, alle Empörung über die brutale, menschenwürdige Behandlung durch die Behörden, alle Bitterkeit über ihr Helotentum in einem tiefen Haß gegen das Dreiklassenunrecht; daher wird der Kampf für das demokratische Wahlrecht in Preußen für sie zugleich zum Inbegriff ihres Kampfes gegen alle Demütigung, alle Schmach, alle Mißhandlung, die sie endlos über sich ergehen lassen müssen. Er ist nicht bloß ein politischer Kampf für ein klar erkanntes Ziel; er trägt zugleich den Charakter eines sozialen Kampfes, eines Freiheitskampfes, einer gewaltigen Auflehnung der tief geknechteten Volksmassen gegen ihre Unterdrücker.

Neuerlich bildet nun allerdings der preußische Wahlrechtskampf keinen Punkt der Tagesordnung des jetzt zusammentretenden Parteitages. Aber das ist nur ein äußerer Schein. Er braucht nie einen besonderen Punkt der Tagesordnung zu bilden, weil er in Wirklichkeit immer die ganze Tagesordnung beherrscht. Ob

es sich um den Geschäftsbericht des Ausschusses handelt, der über die großartige Demonstrationbewegung im Frühjahr 1910 berichtet, oder um die Tätigkeit unserer kleinen, tapferen Fraktion im Dreiklassenhaus, oder um die Vorbereitung der neuen Landtagswahlen — überall steht der Wahlrechtskampf im Zentrum der Ereignisse und Erörterungen. Daß die stärkste Partei im Lande nur eine so kleine Fraktion in das Haus hineinschieben konnte, und daß diese Fraktion sich nur durch das schärfste Auftreten gegen die Brutalisierung durch die reaktionäre Mehrheit Geltung verschaffen konnte, beweist, wie notwendig uns das allgemeine Wahlrecht ist. Von Anfang bis Ende war ihr Auftreten, das ihr gewiß durch die Situation aufgezwungen war, aber deshalb nicht weniger uneingeschränktes Lob verdient, ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Ihre Praxis zeigt, in welcher Weise die Tätigkeit der Parlamentarier von höchster Wichtigkeit in einem Kampfe sein kann, dessen Schwerpunkt außerhalb des Parlaments liegt; nicht nur dadurch, daß sie bei jeder Gelegenheit als Mundstück der Massen draußen deren Hauptforderung im Parlament vertreten, sondern vor allem auch, weil ihre scharfe Kritik bei jeder Einzelfrage in Politik und Verwaltung alles Unrecht, das das Volk erleidet, auf seine Wurzel zurückführt, und aus einer dumpfen, unklaren Erbitterung eine klare, bewußte Erkenntnis und Kampfsentschlossenheit macht.

Den größten Raum wird auf dem Parteitage voraussichtlich die Diskussion über die Taktik bei den Landtagswahlen einnehmen. Aber auch diese Diskussion wird durch den Wahlrechtskampf beherrscht. Bei der Frage, welche Kandidaten anderer Parteien von unseren Wählern und Wahlmännern unterstützt werden sollen, handelt es sich nur darum, wie diese sich zu dem demokratischen Wahlrecht stellen und was für die Durchführung dieses Wahlrechts von ihnen zu erwarten ist. Die bürgerlichen Parteien, die das Dreiklassenwahlrecht befestigen wollen oder gar für das demokratische Wahlrecht eintreten, tun das natürlich nicht aus Gerechtigkeit, aus Liebe zum Volke oder aus demokratischem Gefühl. Wenn man sieht, wie die Fortschrittler dort, wo sie das Szepter in den Händen haben, von einem demokratischen Wahlrecht, das dem Proletariat die Mehrheit sichern würde, nichts wissen wollen, so wird es klar, daß die Liebe derselben Fortschrittler für dieselbe Demokratie im Preußenhaus nur deshalb so heiß ist, weil sie nichts kostet und viel einbringt, weil sie den Massen doch nicht das Wahlrecht bringt, sondern nur der Fortschrittspartei die Hilfe der Massen. Aber auch soweit die Feindschaft gegen das Dreiklassenwahlrecht echt ist, entstammt sie keiner demokratischen Gesinnung. Der liberale Teil der Bourgeoisie — d. h. der vernünftige Teil, der nicht aus Angst vor dem Proletariat die Besinnung verloren hat und der weiß, daß Unzufriedenheit immer am besten mit Konzessionen zu beschwichtigen ist — haßt das Dreiklassenwahlrecht nicht als Schutzwall der Klassenherrschaft, sondern umgekehrt, weil es ein ungenügendes Schutzwall ist, morsch und bröcklig, der dem Angriff seitens des Volkes allzu große Blößen bietet. Er will das alte Gemäuer beseitigen, nicht um der Volksmasse Einlaß zu gewähren, sondern um der Volksherrschaft ein festes, moderneres, widerstandsfähigeres Fundament in den Weg zu stellen. Das geheime, direkte, allgemeine Pluralwahlrecht, das die Nationalliberalen wünschen, würde dem Proletariat eine sichere Vertretung gewährleisten, aber ihm jede Möglichkeit der Mehrheit nehmen; es würde die Empörung, die sich jetzt in den weitesten Kreisen des Volkes gegen das lächerliche Dreiklassensystem richtet, dämpfen, dadurch den Wahlrechtskampf eindämmen und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie befestigen. Daher treten die Nationalliberalen gegen die Junker auf.

Es ist also klar, daß wir in unserem Wahlrechtskampf, von dem der Wahlkampf einen Teil, eine Episode bildet, die Nationalliberalen nur als Feinde, die Fortschrittler nur als unsichere Freunde betrachten können. Das Proletariat hat nur auf sich selbst zu rechnen. Und der Bericht des Ausschusses, der die Fortschritte unserer Organisation, unserer Presse, unseres Einflusses, unserer Geschlossenheit und Stegeszuversicht — alles Elemente des künftigen Sieges — als Folge des scharfen Wahlrechtskampfes von 1910 hervorhebt, beweist am klarsten, daß auf diesem Wege weitergeschritten werden muß.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Bund zwischen Junkern und Großindustrie.

Der Bericht der Essener Handelskammer für das vergangene Jahr behandelt u. a. auch die Stellung der Großindustrie zu den Agrariern. Anknüpfend an die Fleisch-

steuerung und die schwächlichen Versuche der Regierung, die Fleischnot durch Einfuhr-Erleichterungen etwas zu mildern, stellt sich der Handelskammerbericht auf den durchaus agrarischen Standpunkt, daß fremdländisches Geflügel nicht eingeführt werden dürfe, um der deutschen Landwirtschaft den Profit nicht zu schmälern. Es sind alle die bekannten agrarischen Rebenarten, die auch in diesem Dokument der rheinisch-westfälischen Großindustrie wiederkehren, wie, daß Deutschland mit seiner Versorgung von Lebensmitteln unabhängig vom Ausland bleiben, daß die landwirtschaftliche Produktion so gestärkt werden müsse, um allein die Ernährung des Volkes bestreiten zu können. Für dieses Entgegenkommen gegen die agrarischen Wünsche verlangt nun die Großindustrie auch Gegenleistungen: „Umgekehrt dürfen allerdings auch die landwirtschaftlichen Kreise nicht verkennen, daß der gewerbliche Arbeiter hohe Lebensmittelpreise nur solange ertragen kann, als der gewerbliche Unternehmer in der Lage ist, entsprechend hohe Löhne zu zahlen, und daß schon aus diesem Grunde die Landwirtschaft alle Veranlassung hat, ihrerseits den Schutz und die Förderung der heimischen Gewerbetätigkeit nicht nur auf zoll- und handelspolitischem Gebiete auf ihre Fahne zu schreiben und Maßnahmen, die die Produktion unnötigerweise erschweren und verteuern und ihre gedeihliche Weiterentwicklung zu beeinträchtigen geeignet sind, von ihr fernzuhalten. Der Grundgedanke vom Schutz der heimischen Arbeit muß eben beiderseits, in landwirtschaftlichen Kreisen nicht minder, wie in den Kreisen unserer Gewerbetätigkeit, festgehalten und praktisch betätigt werden. Die berechtigten Ansprüche beider Teile müssen gegenseitig anerkannt und miteinander vertreten werden, mit den landwirtschaftlichen Interessen müssen auch die gewerblichen Interessen die gebührende Würdigung und Berücksichtigung finden, kurz, es muß ein gerechter Ausgleich Platz greifen.“

Bisher, so meint der Essener Handelskammerbericht, hätten es die Agrarier vielfach an Entgegenkommen gegen die Großindustrie fehlen lassen, insbesondere wenn es sich um Verkehrsfragen gehandelt habe. Auch auf anderen Gebieten sei ein solches „restriktives Verhalten der landwirtschaftlichen Kreise gegenüber wichtigsten Interessen der Gewerbetätigkeit zu konstatieren gewesen, selbst in Fällen, wo keinerlei erkennbares gegensätzliches Interesse allgemeiner oder landwirtschaftlicher Art vorlag.“ Das entspreche nicht dem gewünschten Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den Agrariern und der Großindustrie.

Die Junker werden nun schamlos in sich gehen, werden sich mit den Großindustriellen vereinigen und gemeinsam an der Ausbeutung des Volkes arbeiten. Eine stillschweigende Übereinstimmung zwischen Schlot- und Krautjüngern besteht ja schon längst, es fehlt nur noch, daß der Bund in aller Form geschlossen und besiegelt wird. Dann werden insbesondere auch Reibungen in der Frage, in welchem Maße die „Versicherungsprämien“ der Rüstungsausgaben dem Volke aufzuerlegen sind, verschwinden. Das Gegenseitigkeitsgeschäft basiert eben doch auf dem Grundgedanke: der Großindustrie große Profite, den Agrariern hohe Zölle und Lebensmittelsteuern.

„Fraktion Drehscheibe.“

So hat man bekanntlich mit zutreffendem Sarkasmus die Nationalliberalen genannt. Besonders ihre parlamentarische Vertretung hat sich im Reichstage und im preußischen Landtage immer der Kunst spekulativen Schwankens befleißigt. Jetzt verkündet das offizielle Organ der Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß die Nationalliberalen auch jetzt sich „nicht festlegen“ wollen, weder nach rechts, noch nach links. Sie schreibt:

„Gewiß sind Schattierungen innerhalb der Partei vorhanden. Sie datieren aber nicht erst von gestern. Eine Partei, die auf einer mittleren Linie marschieren will, wird sich von ihnen überhaupt nie freimachen können. Es kann wohl auch für eine Mittelpartei Zeiten geben, und es hat auch für die nationalliberale wiederholt schon solche gegeben, wo sie ihr Schwergewicht nach der einen oder andern Seite festlegen mußte; in solchen Zeiten galt es wirklich, eine Entscheidung zu treffen. Das Zeichen der heutigen Politik ist aber ein ganz anderes; es verlangt keine Entscheidung nach der einen oder andern Seite, sondern freie Hand, freie Hand gerade für unsere Partei, freie Hand aber auch nach jeder Richtung. Der Abgeordnete Wasserfall weiß mit Recht darauf hin, daß es heute „Arbeitsgemeinschaften“ zwischen den einzelnen Parteien, die sich auf alle politischen Fragen erstrecken, gar nicht geben kann; dazu verschiebe sich das Bild von einem Tage zum andern zu sehr. Darin liegt aber auch begründet, daß unter solchen Umständen ein theoretisches Festlegen nach irgendeiner Seite ein Unding ist, oder praktisch ausgedrückt: ein Vertretertag, der jetzt

den Kurs der nationalliberalen Partei nach rechts oder links festlegen wollte, würde die politische Situation absolut verkümmern."

Es muß sich nun zeigen, ob innerhalb der nationalliberalen Partei diese fraktionelle Drehscheibenpolitik noch immer überall Zustimmung findet. Wie denken denn nun aber die Vertreter dieser Politik sich ihre Stellungnahme zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen? Auf welche Seite wollen sie da ihr "Schwergewicht" legen? Glauben sie ihre "freie Hand" hier nach den Sozialdemokraten und Fortschrittler und dort nach den Schwarz-Blauen ausstrecken zu können? Da wird die "freie Hand" bis Schläge bekommen.

Zu den preussischen Landtagswahlen.

Aus Magdeburg wird mitgeteilt, daß jetzt das Wahlabkommen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler für die ganze Provinz Sachsen zum Abschluß gekommen ist. Nach dem Abkommen gewährleisten sich beide Parteien ihren bisherigen Besitzstand und stellen für die übrigen Wahlkreise gemeinsame Kandidaten auf. Auch im nördlichen Westfalen, in dem Kreise Minden-Lübbecke und Bielefeld-Herford-Halle haben sich die Fortschrittler für ein Wahlabkommen mit den Nationalliberalen ausgesprochen. Die ostpreussischen Nationalliberalen trafen gleichfalls ein Abkommen mit den Fortschrittler. Angesichts der Erörterungen über ein evtl. Näherzusammenschließen zwischen Konservativen und Nationalliberalen sind diese Wahlabkommen mit den Fortschrittler ziemlich auffällig und die Kreuzzeitung hat recht, wenn sie über das nationalliberale Liebeswerben um die Konservativen höhnt und spottet. Anscheinend waren demnach die nationalliberalen Preherörterungen, die den Konflikt zwischen Bethmann-Hollweg und dem Zentrum zur Erneuerung eines nationalliberal-konservativen Bündnisses auszuheben wollten, nur ein Ausfluß der Fuhrmannischen Wünsche, denn die Nationalliberalen haben von jeher schwer empfunden, daß der Riß zwischen Konservativen und Nationalliberalen so groß geworden war.

„Weltpolitische Vorrechtsgebiete.“

Um jeden Preis suchen bekanntlich die Imperialisten zu fördern. So schreibt die „Magdeburger Zeitung“ u. a.: „Wir meinen, auch wenn es einseitigen noch nicht zu einer tatsächlichen Verteilung der asiatischen Türkei kommt, wird es sich doch nicht umgehen lassen, daß die Mächte hier unter dem Fortbestehen des Sultanats ihre Interessensphären wahren — oder nennen wir es einmal mit deutschem Namen: ihre Vorrechtsgebiete. Deutschland hat, solange es irgend anging, festgehalten an der Politik der offenen Tür; sie war unter oberflächlich weltpolitischem Glaubensbekenntnis. Aber eine Macht allein kann die Politik der offenen Tür nicht durchziehen, wenn die anderen mit der Schaffung entweder von Protektorat oder doch von Interessensphären in allen hierfür zugänglichen Gebieten vorgehen und den Rahmen jener Länder immer enger ziehen, in denen noch von der offenen Tür, von dem freien Wettbewerb aller Weltmächte die Rede sein kann. Auch Deutschland muß sich nach dem Beispiel der anderen heute mehr und mehr bekennen zu der Politik der Schaffung von Vorrechtsgebieten, und es muß sehen, daß es bei ihrer Verteilung nicht zu kurz kommt. Lange genug haben wir uns ehrlich bemüht, die anderen zur Politik der offenen Tür zu bekehren. Auch sie haben sie uns gegenüber wohl mit Worten vertreten, aber in der rauhen Praxis nicht durchgeführt. Jetzt ist es an uns und bleibt uns nichts anderes übrig, als ihrem Beispiel zu folgen und das Gewicht unserer Macht in die Waagschale zu werfen, um vordringlichen Anteil zu haben an der Schaffung weltpolitischer Vorrechtsgebiete.“

Je mehr Rüstungen, umso mehr Verlangen nach kriegerischen Verwicklungen; daher: Fort mit den Rüstungen, Krieg dem Kriege!

Zur Nichtigstellung.

Infolge eines Verzeichens sind in der Notiz „Ein Mittel, Budgetverweigerungen wirkungslos zu machen“, aus dem Labandischen Blatt einige Zeilen weggeblieben. Es muß zum Schluß heißen:

„Aber das Auskommen und der wachsende Einfluß einer der bestehenden Rechtsordnung feindlich gegenüberstehenden Partei begründen die Gefahr, daß das Recht der Minderheit des Landtags an der Verhinderung des Staatsbankrotts wird, um ein der Majorität mißliebigeres Ministerium zu kürzen, und daß durch Obstruktion, absichtlich herbeigeführte Beschlunghaftigkeit oder Verweigerung der Mittel für unentbehrliche Anstalten das Zustandekommen des Staatsgesetzes in tendenzloser Weise verhindert wird. Daher ist die Erkenntnis nicht ohne Bedeutung, daß auch das Reich an dem Zustandekommen der Gesetze in den Bundesstaaten ein rechtsbegründetes Interesse hat und daß die Regierungen der Bundesstaaten ihren Landtagen nicht völlig schußlos gegenüberstehen, wenn dieselben von ihren Befugnissen einen rechtswidrigen Gebrauch machen.“

Meierei- und Landwirtschaftsübungen im Frühjahr.

Einer Korrespondenz zufolge erfolgt die Einberufung des Bauernbundes zu Übungen in geschlossener Reihenfolge in diesem Jahre sehr früh. Während die Meierei-Regimenter und Abteilungen sonst gewöhnlich erst in der Monatsfrist bis September auf den Truppenübungsplätzen aufgestellt werden, geschieht dies nach der Korrespondenz bereits zum Teil im Februar und im März. Als Grund dafür wird angegeben, die Belegung vieler Truppenübungsplätze mit Neubewohnern der Meierei-Regimenter 1912, die erst zum nächsten 1. Oktober oder noch später eintreffen an ihren künftigen Standorten bezeugen werden.

Freifahrt für die preussischen Landtagsabgeordneten.

Am Vortage wird bekannt, daß der preussische Eisenbahnminister entschlossen zu sein scheint, den Landtagsabgeordneten Freifahrt zu gewähren. Er soll dem Reichsgerichtlichen Staatsministerium mitgeteilt haben, daß

Preußen während der Tagung Freifahrt von Berlin nach den Wohnorten der Abgeordneten gewähren will.

Als Nachfolger

Kiderlen Waechters wird offiziös der deutsche Botschafter in Rom, v. S a g o w, genannt.

Die Besitzsteuerfrage.

Am Sonnabend waren die Finanzminister der deutschen Bundesstaaten zu einer Konferenz in Berlin versammelt, um die Besitzsteuervorlage zu beraten, die die Regierung verpflichtet ist, bis 30. April dieses Jahres dem Reichstag vorzulegen. Die Meldungen über den Verlauf der Sitzung sind recht widersprechende. Nach einer Meldung haben sich so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, daß die Finanzminister zu keiner Einigung gelangen konnten. Der Reichsminister wollte nämlich versuchen, durch direkte Verhandlungen mit den Regierungen der Bundesstaaten die Beratungen zu fördern und sodann eine zweite Konferenz der Minister einberufen. Offiziös wird mitgeteilt, daß es sich bei der Konferenz lediglich um eine Vorbesprechung der Materie gehandelt habe, daß irgendwelche Beschlüsse also nicht beabsichtigt und auch nicht gefaßt worden seien. Alles, was über starke Meinungsverschiedenheiten gemeldet werde, sei Kombination, insbesondere sei es durchaus nicht auffällig, daß die sächsischen Vertreter sich scharf für die Erbschaftsteuer erklärt haben, Sachen habe aus seiner Sympathie für eine Form der Besitzsteuer nie ein Hehl gemacht.

Ueber den Stand der ganzen Besitzsteuerfrage veröffentlichte unmittelbar vor Zusammentreten der Ministerkonferenz die Regierung die nachfolgende offiziöse Darlegung, die gleichzeitig den Inhalt der der Konferenz vorliegenden Denkschrift über die Besitzsteuer andeutet:

„Die Denkschrift hat den Bundesregierungen mehrere Wochen vorgelegen und es ist daher anzunehmen, daß nach den Vorberatungen im Schoße der Bundesregierungen die Konferenz nicht allzu lang dauern wird, da nur eine Steuer in Frage kommen kann, die den ganzen Besitz zu erfassen imstande ist. So kann die Entscheidung nur schwanen zwischen einer Erweiterung der Erbschaftsteuer und einer Reichsvermögenssteuer, bzw. einer Vermögenszuwachssteuer. Für beide Steuern sind verschiedene Entwürfe mit Berechnungen ihrer Ertragsfähigkeit ausgearbeitet. Das finanzielle Ziel ist nicht allzu weit gesteckt, nämlich auf einen Jahresertrag von 50 bis 60 Millionen Mark. Auf einen solchen Ertrag war auch die im Jahre 1909 abgelehnte Erbanfallsteuer geschätzt worden. Für die Stellungnahme der Finanzminister wird im wesentlichen die Erwägung maßgebend sein, welcher von diesen Steuervorschlägen die meiste Aussicht auf Annahme im Reichstage haben könnte. Man haben die Führer der Konservativen und des Zentrums noch unlängst auf Befragen der Regierung auf das bestimmteste erklärt, daß sie jede Erbanfallsteuer ablehnen würden. In Regierungskreisen bezweifelt man nicht, daß es den beiden Parteien damit ernst ist und daß sie die Ablehnung nötigenfalls zum Fraktionsbeschlusse erheben werden, um eine etwaige Erbschaftsteuerfreundliche Minderheit zum Schweigen zu bringen. Gleichwohl wäre im Reichstage auf eine Mehrheit für eine Erweiterung der Erbschaftsteuer zu rechnen, wenn auf die Sozialdemokratie Verlaß wäre. Dieses Vertrauen besteht indes in der Regierung nicht. Vielmehr fürchtet man, daß die Sozialdemokratie, anstatt sich mit dem Entwurf zu begnügen und praktische Politik zu treiben, ihn mit unmöglichen Forderungen belasten und damit für die bürgerlichen Parteien und die Regierung ungenießbar machen würde. So wendet sich denn die Hoffnung der Regierung mehr der Vermögenssteuer in der Form einer Zuwachssteuer zu. Zwar haben sich die Bundesregierungen wiederholt gegen eine Reichsvermögenssteuer erklärt, aber nicht ausdrücklich gegen eine Zuwachssteuer, so daß es den Bundesstaaten unbenommen bliebe, die bestehende oder noch einzuführende Vermögens- oder Ergänzungssteuer weiter zu erheben. Nur den Zuwachs hätten sie an das Reich abzuführen. Im Reichshauptamt hält man den Zuwachs für beträchtlich genug, um ihn als Ersatz für eine Erbanfallsteuer gelten lassen zu können. Allerdings würden sich die Bundesregierungen des Rechtes begeben, ihre Vermögens- oder Ergänzungssteuer im Interesse ihrer eigenen Finanzen auszugestalten.“

Die offiziöse Notiz polemisiert dann ohne weiteres gegen den Versuch der Presse des Schwarz-Blauen Blocks, die Besitzsteuer überhaupt mit der Begründung abzuwimmeln, daß die Staatsüberschüsse groß genug sein würden, um jede neue Steuer überflüssig zu machen. Es wird dabei, so sagt die offiziöse Auslassung, übersehen, daß aus dem Kriegsministerium noch eine Ergänzungssteuer für die Luftflotte und andere verkehrstechnische Zwecke zu erwarten ist. Welche Höhe die Forderung haben wird, ist noch unbekannt.

Aus alledem geht hervor, daß die Regierung wohl das Geld gebraucht, daß sie wohl auch den, wenn auch schwachen, Willen hat, den Beschlüssen des Reichstages nachzukommen und ein Besitzsteuerprojekt zu vertreten, in dessen irgend welche Energie gegenüber den Schwarz-Blauen nicht angewendet werden. Die Bemerkung, daß die Sozialdemokraten verjagen und die Regierung um deswillen gezwungen sei, auf die Wünsche der Konservativen und des Zentrums Rücksicht zu nehmen, ist nichts weiter als eine faule Ausrede, die verhehlen soll, daß sich die Regierung von vornherein des Sühligkeitsverhältnisses zu den Schwarz-Blauen bewußt ist. Bevor man über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion etwas sagen kann, müßten doch mindestens die Steuerpläne der Regierung bekannt sein und es müßte gesagt werden, für welche Zwecke sie die Steuersumme zu verwenden gedenkt. Solange hierüber noch jede Klarheit fehlt, hat man auch kein Recht, sich von vornherein hinter ein ablehnendes Votum der Sozialdemokratie zu verschanzen.

Frankreich.

Zur kommenden Präsidentenwahl. Am letzten Sonntag hat der Präsident Gallières den Diplomaten der europäischen Staaten, den Ministern und den hohen Beamten zum letzten Mal im Palais der Champs-Élysées einen „großen Empfang“ bereitet. In 14 Tagen findet

die Neuwahl statt und man weiß immer noch nicht, wer die radikal-sozialistische Partei zu ihrem Kandidaten ernennen wird. Die partei-offiziöse radikale Presse hütet sich, irgend eine Andeutung zu machen, während einige der nicht von der Parteileitung abhängigen radikalen Blätter, entweder offen für Poincaré eintreten wie die „Revue Republique“, oder die schärfsten Angriffe gegen die leitenden radikalen Komitees richten, wie die „Action“, deren Chefredakteur Béranger sich besonders darüber aufregt, daß man die Sozialisten und die Progressiven des Senats zu der Plenaritzung der Linken am 15. Januar einladen wird. Im ganzen werden gegenwärtig von den verschiedenen Blättern und vom großen Publikum nicht weniger als neun Minister, Abgeordnete oder Senatoren als Kandidaten betrachtet: der Ministerpräsident Poincaré, der Senatspräsident Dubouff, der Kammerpräsident Deschanel, der Minister der öffentlichen Arbeiten Dupuy, der Ackerbauminister Pams, der frühere Ministerpräsident Combes, der frühere Ministerpräsident Clémenceau, der frühere Ministerpräsident Ribot und Genosse Baillant. Die radikale Partei hat sich in ihrer Gesamtheit noch für keinen derselben entschieden, da fast jeder der Genannten eine Gruppe von Radikalen für sich hat!

Portugal.

Das Kabinett hat seine Demission gegeben. Dasselbe ist vom Präsidenten angenommen worden.

Balkan.

Zwischen Krieg und Frieden. Am Sonnabend nachmittag kündigten Depeschen den Abbruch der Friedensverhandlungen an. Wenn er auch noch nicht soweit gekommen ist, so ist doch die Situation eine sehr gespannte. Am heutigen Montag dürfte die Entscheidung fallen, nachdem auf Wunsch der türkischen Delegierten die Verhandlungen der Friedenskonferenz auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt worden sind. Selbst in dem Falle eines Abbruchs der Friedensverhandlungen erwartet man in London keinen Wiederausbruch der Feindseligkeiten. Ueber diese Stimmung erfährt die Wiener Politische Korrespondenz aus gutunterrichteter Londoner Quelle folgendes: Obgleich die Türken und Bulgaren einander in der Adrianopeler Frage nicht näher gerückt sind, überwiegt in London die günstige Beurteilung der Friedensausichten. Es wird betont, daß selbst ein etwaiger Abbruch der Friedensverhandlungen keineswegs die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten als notwendige und unmittelbare Folge nach sich ziehen müsse. Weit größere Wahrscheinlichkeit habe vielmehr die Annahme für sich, daß die Parteien sich in diesem Falle zunächst noch abwartend verhalten und geneigt sein werden, die Möglichkeit für das Weiter-spinnen der Verhandlungsfäden offen zu lassen. — Diese Möglichkeit ist durch das neue Hinausschieben der Entscheidung vorläufig noch vorhanden.

Die Balkan-Delegierten teilten dem Reuterschen Bureau offiziell mit, daß, wenn die Türken, welche Vorschläge sie sonst machen mögen, am Montag nicht alle Forderungen des Ultimatus der Verbündeten erfüllen, die Verbündeten die Bedingungen abbrechen und vier Tage danach, entsprechend den Bestimmungen des Waffenstillstandes, die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie wieder aufnehmen würden. Eine etwaige türkische Ausrufung, die Angelegenheit den Mächten zu übertragen, werde als eine nur die Türkei angehende Frage angesehen, mit der die Verbündeten nichts zu tun hätten.

Inzwischen hat am Sonnabend der türkische Ministerrat getagt. Die Sitzung gestaltete sich sehr bewegt. Der Ministerrat spaltete sich dann in zwei Gruppen. Die eine, an deren Spitze der Großwesir steht, lehnte die Beratung über die Friedensfrage fort. Die zweite, die aus dem Marineminister, dem Finanzminister, dem Justizminister und dem Unterstaatssekretär im Großwesirrat besteht, beschäftigte sich mit der Frage einer Flotten-Aktion. Einige Marineminister nahmen an der Beratung teil. Gegen 4 Uhr nachmittags telegraphierte das Ministerium des Aeußern die Bevollmächtigten in London neue Instruktionen, die besagen, die Pforte halte an dem Besitz der Archipelinseln und der für das Wilajet Adrianopel festgesetzten Grenze fest. Man ist der Ansicht, daß die Entscheidung des Ministerrats den Abbruch der Friedensverhandlungen bedeutet. Doch wird der Ministerrat sich neuerdings versammeln, um die Antwort der Balkan-Delegierten zur Kenntnis zu nehmen.

In informierten Kreisen der Pforte wird erklärt, daß die Pforte auf dem Besitz Adrianopels bestehen werde und daß sie sich vielleicht einverstanden erklären könnte, Griechenland einige Inseln des Archipels abzutreten. Die gesamte türkische Presse betont, es sei unmöglich, die Bedingungen der Verbündeten anzunehmen. Sie annehmen, hieße Zukunft und Ehre der Türkei opfern. Wenn es nötig werden sollte, würden die Osmanen nicht zögern, den Krieg neuerlich aufzunehmen.

Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, den Mächten in einem Rundschreiben zu erklären, daß die Türkei, um ihren Wunsch darzutun, den Frieden zum Abschluß zu bringen, alle möglichen Opfer bringen und auf alles Gebiet westlich von dem Wilajet Adrianopel verzichten wolle, aber sie sei gezwungen, auf dem Besitz von Adrianopel zu bestehen, das für die Verteidigung der Hauptstadt nötig sei. Die Pforte könne die Inseln des Archipels niemals aufgeben, um aber ihre Friedensliebe zu beweisen, habe sie auf ihre Rechte auf Creta verzichtet. Die Pforte hofft, daß die Mächte die Logik ihrer Beweisgründe anerkennen werden.

Die Botschafter wollen jetzt ihre Tätigkeit wieder aufnehmen; sie stehen bereits in einem Meinungsaustrausch, um Schritte zu gunsten des Friedens zu unternehmen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 6. Januar.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen abend im Gewerkschaftshaus statt. Wir weisen darauf nochmals hin.

Das Protokoll vom internationalen Kongress zu Basel ist eingetroffen und kann zum Vorzugspreise von 25 Pfg. durch die Besteller im Parteisekretariat abgeholt werden.

Unzulässigkeit der Lübecker Zillialsteuer. Eine sehr interessante steuer- und verfassungsrechtliche Entscheidung ist — wie der „Hambg. Corr.“ berichtet — am 22. November 1912 vom vierten Zivilsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts erlassen worden. Der Lübecker Staat hat am 19. Januar 1911 ein Gewerbesteuergesetz erlassen, das u. a. eine sogenannte Zillialsteuer einführt. Nach dem Gesetz haben alle in Lübeck betriebenen stehenden Gewerbe eine Gewerbeertragssteuer zu entrichten; außerdem aber müssen diejenigen Unternehmungen, die außerhalb Lübecks ihren Sitz haben, aber in Lübeck offene Verkaufsstellen unterhalten, eine Umsatzsteuer zahlen; diese ist progressiv ausgestaltet und geht bis zu 25 %, auf sie soll aber die auf dieselbe Zeit entfallende Lübecker Einkommensteuer angerechnet werden. Die Aktiengesellschaft Singer & Co., Nähmaschinenaktiengesellschaft, die ihren Sitz in Hamburg hat und in Lübeck eine offene Verkaufsstelle unterhält, sucht nun ihre Heranziehung zur Zillialsteuer an. Sie behauptete, daß die Steuer in Wahrheit nur eine verschleierte Einkommensteuer sei, wie sich namentlich aus der lehterwähnten Bestimmung ergebe. Als solche verstoße sie aber gegen die Vorschriften des Reichs-Doppelsteuergesetzes, das für einen sich über mehrere Bundesstaaten erstreckenden Gewerbebetrieb die Heranziehung zu den direkten Staatssteuern und die Besteuerung des auf diesem Betrieb erzielten Einkommens nur anteilig und nach Verhältnis zulasse und damit nicht gestatte, mit Rücksicht auf den Betrieb in einem anderen Bundesstaat nun eine Mehrbelastung einzuführen. Das Landesgericht Lübeck wies die Klage der Gesellschaft ab, das Oberlandesgericht gab ihr statt. Das Oberlandesgericht erhebt Bedenken gegen das Gesetz zunächst im Hinblick auf das Freizügigkeitsgesetz; dies schon müsse Zweifel darüber hervorrufen, ob eine verschiedenartige Behandlung von Gesellschaften mit Rücksicht darauf zulässig sei, ob sie auswärtige Betriebsstätten hätten oder nicht. Entscheidend aber sei, daß die Zillialsteuer in der Tat sowohl dem Geiste wie dem Inhalt des Doppelsteuergesetzes widerstreite. Zwar könne das Gericht sie nicht wie die Klägerin als eine eigentliche Einkommensteuer ansehen; sie sei aber im wirtschaftlichen Ergebnis auf das Einkommen gelegt und stelle die Gesellschaft nur darum schlechter, als wenn sie es nur mit einem Bundesstaate zu tun hätte. Das sei nicht statthaft. Lübeck hat danach sowohl mit seiner Gewerbesteuer als auch mit der daran geknüpften Zillialsteuer Pech. Die Lübeck-Büchener Bahn drückt sich um die erstere und die Zillialsteuer wird für unstatthaft erklärt! Wie verlautet, soll sich das Reichsgericht noch mit der Sache befassen.

Schundliteratur im Lübecker Allgemeinen Krankenhaus. Manche Leute sind der Ansicht, ein Krankenhaus sei ausschließlich für den Zweck bestimmt, erkrankten Menschen, die im eigenen Heim nicht die nötige Pflege und Aufsicht haben, Heilung und Genesung zu bringen. Diese Auffassung scheint aber von derjenigen Seite nicht geteilt zu werden, die für die geistige Kost der Kranken unserer heftigen Anstalt zu sorgen hat. Erfuhr man vor einiger Zeit, daß für jüdische Assistenzärzte im Lübecker Krankenhaus kein Raum ist, was auf vorherrschende antisemitische Tendenzen schließen läßt, so muß jetzt berichtet werden, daß das neueste Bemühen anscheinend darauf gerichtet ist, Kranke von sozialdemokratischen Ideen zu heilen. Das geschieht durch Bücher, die den Kranken zur Lektüre übergeben werden. Weihnachten, am „Fest der Liebe“, war es, als man Kranken im hiesigen Allgemeinen Krankenhaus ein mit einem farbigen Umschlag versehenes Heft in die Hände steckte, das als „Neuer Volksfreund“ und „Volks- und Jugenderzählungen, Verlag der Agentur des Rauchen Hauses Hamburg, bezeichnet wird. Dieser sonderbare „Volksfreund“ aus dem Hamburger Rauchen Hause, Nr. 22, bringt eine Erzählung, „Wird er Weihnachten feiern?“, als deren Verfasser auf der Umschlagseite W. Citner, auf der ersten Textseite Elisabeth Peters bezeichnet wird. In dieser Erzählung, die in Mecklenburg spielt, wird zunächst geschildert, wie eine kranke Frau von ihrem Manne mit Vorwürfen bedacht wird, weil sie zu viel hustet. Darauf antwortet die Frau: „Der Doktor sagt, das kimmst, weil ich so schwer arbeit' he, ihre de oll Lütt dor wier. Awer was soll ich maken? Ich müßt doch ein Hemd hebb'en vor dat Kind und een Wädelbod, un du bröchst jo man de Hälfst von dien Daglohn na Hus; de anner Hälfst hlev in't Wirtshus un in de Strikfab. Wo vel Glend hev de Sozials all anricht, oh, wo vel Glend!“ Der Mann, natürlich als „Sozi“ ein rechter Schuft, spukte auf die Diele und verläßt dann im Glend seine Frau und fährt nach Amerika. Bald stirbt die arme Frau. Der hinterlassene Sohn wird zu fremden Leuten getan und soll, als er das entsprechende Alter hat, konfirmiert werden. Bei dieser Gelegenheit läßt nun die Firma Citner-Peters eine besonders zu diesem Zwecke geschaffene Dorf-bewohnerin folgendes sagen: „De Oidentlichkeit und Stilleheit hett he von de Wudder. Wat wiert ne schiere Diern, as je frlegen dehr. Un he wiert ok nich schlecht, bet de Sozials em in de Fingern kriegen deren.“ Wir wollen es mit diesen Frohen der Volksfreund-Schundliteratur genügen lassen, die recht gut den Schriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie entnommen sein könnten. Dabei spielt die Geschichte im Jahre 1850, zu einer Zeit also, da es noch gar keine „Strikfabriken“ und keine „Sozials“ in unserem Sinne gab. Aber was tut das; „denen, die Gott lieben, muß bekanntlich alles zum besten dienen.“ Die „Sozials“ sind nach den Auslassungen gewisser Bekannten der Inbegriff aller Sündlichkeit, die schon alles vertranen und in die Strike- und Genossenschaftszelle zähl'en, bevor sie und lehtere überhaupt existierten. Natürlich mißhandeln sie und verlassen sie prinzipiell ihre Frauen! Solchen Volksvergiftenden und verdammenden Schund gab man zu Weihnachten im Lübecker Krankenhaus Kranken zu lesen! Wir wollen diese Tatsache nur gebührend festhalten.

Die Sozialdemokratie ist eine großartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes, zur Emporhebung der großen Massen der Arbeiter.“ So sagte der badische Staatsminister v. Bodmann am 13. Juli 1910 im badischen Landtag. Diese Worte enthalten die beste Zurückweisung der Anwürfe, welche in dem von der Krankenhaussverwaltung verbreiteten „Volksfreund“ enthalten sind.

Einem guten Schritt vorwärts im Interesse des Zusammenhanges vollzogen, dem Beispiel der modernen Arbeiterbewegung folgend, die Gesangvereine „Eintracht“ und der „Gesangverein der Zimmerer“. In der letzten Generalversammlung des „Arbeiterlänger-Bundes“ wurde der Beschluß gefaßt, daß an Orten, an denen keine Gesangvereine existieren und dem Bunde angeschlossen sind, dieselben einen Zusammenschluß zu einem großen Chor zu vollziehen haben. Diesem den Gesang nur fördernden Beschluß sind in Lübeck von den sechs dem „Arbeiterlänger-Bund“ angeschlossenen Gesangvereinen die beiden genannten nachgekommen. Nachdem nunmehr die Verschmelzung unter dem Namen „Chorverein Lübeck“ am 1. Januar cr. erfolgt ist, haben die regelmäßigen Übungsabende mit der stattlichen Zahl von über 100 Sängern begonnen. Die Lübecker Arbeiterschaft wird diesen Schritt mit Freuden begrüßen, wenn sie sich vor Augen führt, daß ihr durch die Veranstaltungen, seien es Lieberabende des Chordereins, Arrangements des Arbeiter-Bil-

dungsvereins oder der Partei, in gesanglicher Beziehung genüßreiche Stunden geboten werden können. Die regelmäßigen Besucher dieser Veranstaltungen wissen ja, daß es bisher hauptsächlich der Gesangverein „Eintracht“ gewesen ist, der dort mitwirkte. Nunmehr soll es der Chorverein sein, unter der bewährten Leitung des bisherigen Dirigenten des Gesangvereins „Eintracht“, Herrn Sulante, der sich zur Aufgabe gemacht hat, den Männergesang auch unter den Arbeitern auf eine höhere Stufe zu bringen. Nicht unerwähnt darf die geschäftliche Seite der Verschmelzung bleiben. Die kleinen Gesangvereine können trotz großer finanzieller Aufwendungen und fleißigen Besuches der Gesangstunden nicht so gedeihen, daß sie ihren Freunden und Gönnern einen höheren gesanglichen Genuß zu bieten imstande sind. Wer Lust und Liebe zum Gesange hat und stimmbegabt ist, dem kann empfohlen werden, sich dem Chorverein anzuschließen; denn nur da wird er eine gute Ausbildung und Befriedigung im Gesang finden.

b. Strafkammer am 4. Januar. Der Herr „Ober“ auf der Heiratsuche. Ein Kellner S. aus Greifswald in Pommer'n, der mit ganz unverschönten Mitteln seine junge Braut und deren Vater brandschakte, stand am Sonnabend vor der dritten Strafkammer, wo er sich wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten hatte. Der Mann mit glattgestriegeltem Haar und schwarzem Frack besaß sich in der Geldklemme. Um aus dieser unangenehmen Lage zu kommen, versief er auf einen Gedanken, den sich schon manche Kavaliere durch den Kopf gehen ließen, wenn alle Stricke gerissen waren; er suchte nämlich in einem hürgerlichen Blatte in der öffentlichen Kupplereder ein kleines Plätzchen aus; eine reiche Frau war die einzige Rettung. Der „Ober“ war freilich zuerst bescheidener. Im Anfang genügte ihm eine Wirtschaftlerin, die eventuell sein Frauchen werden könnte. Eine 23jährige Unschuld vom Lande, deren Herz vor Liebe brannte, biß sich in diese passende Gelegenheit fest, und kaum hatte sie den Freier gesehen, hatte ihr schon der martialische Schnurrbart angetan. „Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ fand sich also im Nu Herz zu Herzen, der Verlobungstag wurde festgesetzt und da eine kleine Ueberbürgerstochter aus einem mecklenburgischen Dörfchen nicht allzu viel Lebenserfahrungen im Bufen trägt, verfügte der Bräutigam über mehr Worte, um seine Vergangenheit mit Honiggleim aufzutragen. Er erzählte dem gläubigen Mädchen, daß er ein Restaurant pachten wolle, seine 3000 ersparten Emmchen jedoch erst in einem Monat abgehoben werden könnten und pumpte schnurrstrahls die glückliche Braut um 150 Mark an. Selbst das schönste Mädchen hat nicht immer 150 Mark kulant in der Tasche; also muß der Vater helfen. Der holte sich das Sümmchen von der Kasse, und der glückliche Bräutigam reiste damit nach Hamburg, weil das in Aussicht genommene Restaurant nicht mehr zu haben war. Das Geld ging zum Teufel, die Braut wurde aufs neue ins Vertrauen gezogen, daß sich jetzt eine nie wiederkehrende Gelegenheit biete, als Ober und Buffetier Anstellung zu finden. Nicht nur das; auch die Braut sollte am Buffet leichte Beschäftigung bekommen, da gebe es ein glückliches Beisammensein. Ein Häßchen war allerdings dabei: es mußten 300 Mark Kaution gestellt werden. Also: schide Geld. Dieses kam nicht und die „seine Stellung ging jutsh“. In der letzten Not faßete S. einen letzten Brief. Er wollte 40—50 Mark haben, um billige Goldsachen zu kaufen, mit denen er in Lübeck zur Weihnachtszeit hausieren gehen und Gutgläubige beglücken wollte. Schließlich kamen 20 Mark, mehr hatte die Braut, die wieder in Stellung war, nicht zur Hand; sie konnte also seinen Wunsch, ihrem Herzen einen Stoß zu geben und ihn zu retten, nicht ganz erfüllen. Mit der Zeit dimmerte es auch im Kopfe der Heiratslustigen, und der Vater erstattete Anzeige. Es stellte sich heraus, daß der Angeschuldete das Schreiben auf einem Geschäftsbriefbogen des Hamburger Zentralbahnhofrestaurents gefälscht hatte, auf dem die vorgelagene Anstellung bescheinigt war. Der „Ober“ wurde für sein raffiniertes Vorgehen und wegen des häßlichen Handelns an dem Mädchen zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Am Sonntag sollte der Arbeiter H. aus Herzford, der gegenwärtig ein Monat Gefängnis wegen Beleidigung abfißt, wieder die goldene Freiheit begrüßen. Mittlerweile wurde eine neue Anklage gegen ihn erhoben. Als er mit Kalender „hausierte“, stand ihm ein Petroleumkocher im Wege, den steckte er in einen Sack, mußte aber die Beute stehen lassen, weil ein kleines Mädchen ihm in die Quere lief. Neun Wortsachen wegen Diebstahls bringen ihn jetzt des Objekts von 10 Mark wegen auf 1 Jahr und drei Monate ins Zuchthaus; mit der vorigen Strafe und weil er dem Schuttmann einen falschen Namen angegeben hat, macht es genau 1 Jahr, 3 Monate und drei Tage aus. Dann kommen noch 5 Jahre Ehrverlust hinzu. Vor dieser schweren Strafe mühte ihn auch seine flotte Berteidigungsrede nichts, die selbst einem Justizrat alle Ehre gemacht hätte. — Rabattmarkenbücher für den „Sparverein Lübeck“ sammelte der Fabrikarbeiter W. aus Gadebusch ein, weil sie angeblich ungültig geworden sein sollten. Da das Buch seiner Mutter noch nicht voll war, überredete er zwei andere Hausfrauen, ihm ihre Bücher zu geben, wofür er neue Bücher zu bringen versprach. Die Betroffenen mußten sich jedoch vier Monate gedulden, bis der oft Vorbestrafte Zeit findet, sein Versprechen einzulösen.

Der Unterhaltungsabend der freien Jugend, der gestern im Gewerkschaftshaus stattfand, hätte eigentlich noch besser besucht werden können. Die Darbietungen würden auch ein überfülltes Haus befriedigt haben. In seiner Ansprache hob der Leiter unseres Jugendheims, Genosse Mökel, hervor, daß die Bewegung rüthig fortschreite und namentlich in lechter Zeit auch auf dem Lande gute Erfolge gemacht wurden. Hierauf wies Redner auf die Gefährlichkeit der Pfadfinder und sonstigen Jungdeutschlandsbestrebungen hin, die die Arbeiterkinder in einem alle umfassenden jugendlichen Kriegerverein organisieren und sie schon in früherer Jugend auf die Bekämpfung der Arbeiterbewegung eindringen wollten. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen. Aus dem Programm des Abends sind dann vor allem die Rezitationen des Herrn Erich Nowack vom hiesigen Stadttheater hervorzuheben. Das Sängers Stück wurde von ihm hinreichend getrocknet. Stürmischer Beifall lohnte den Künstler. Von tiefer erzieherischer Wirkung war der Brief einer Mutter. „An seine Hochwohlgeborenen“ von Rudolf Bresber. Mit dem im zweiten Teil rezitierten heiteren Dichtungen Bresbers „Ein Roman“ und „Verhängnis“ verfehte Herr Nowack das Publikum in ausgelassene Stimmung, noch mehr aber durch die Mahnungen eines Vaters an seinen erwachsenen Sohn“. Zum Schluß gab Herr Nowack noch eine eigene Dichtung, „Berliner Frühling“ zum besten, die ebenfalls stürmisch applaudiert wurde. Das übrige Programm wies Deklamationen der Jugendlichen selbst von Freiligrath, Wendell, Heine, Lena und Fritz Reuter auf. Die Vortragenden bemühten sich nach Kräften, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Großen Beifall erzielte auch der Damenreigen für dessen Gelten große Mühe und Arbeit aufzuwenden war. Das Konzert der Zivilmilitär war durchaus erfrischend. Ein Tanzabend hielt dann die Besucher bis Mitternacht in fröhlichster Stimmung zusammen.

Dampfschiffahrtsgesellschaft Ostseebäderdienst Lübeck. Man schreibt uns: Die von dem kürzlich verstorbenen Schiffredner C. Krimpe in Lübeck begründete Reederei „Ostseebäderdienst“

ist in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Die Firma lautet künftig „Dampfschiffahrtsgesellschaft Ostseebäder-Dienst Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. Das Stammkapital beträgt 80 000 Mark. Krimpes Erben bleiben an dem Unternehmen mit 34 000 Mark beteiligt. Die übrigen Stammeinlagen sind von auswärtigen Herren gezeichnet worden. Die Gesellschaft hat die Dampfer „Condor“, „Najade“, „Nymph“ und „Nixe“ käuflich erworben. Die Gesellschaft beabsichtigt, den Geschäftsbetrieb auszubauen und zu verbessern.

Neuer Betrieb geht bis auf weiteres die Fähre im Umschlaghafen.

Der Arbeiterführer 1913 für Lübeck und das Fürstentum Lübeck ist nunmehr in der gesamten Auflage eingetroffen und ist zu dem äußerst billigen Preise von 10 Pfg. im Parteisekretariat zu haben. Der Inhalt ist außerordentlich reichhaltig und ein völlig anderer, als der des vorjährigen Führers. Durch die Abhandlungen über die Arbeiterversicherung, den Arbeitsvertrag, das Klageverfahren usw. ist der Arbeiterführer für jeden Arbeiter unentbehrlich. Weiter sind instruktive Angaben über die kommenden Bürgerchaftswahlen usw. darin enthalten. Außerdem ist dem Führer eine kolorierte Karte vom gesamten Lübecker Staatsgebiet nebst der Umgegend angeheftet worden, die allein den Wert des Kaufpreises übertrifft. Es empfiehlt sich, recht bald den Führer zu erstehen, bevor die Auflage vergriffen ist.

Auf die vollständige Vorstellung im Stadttheater, heute, Montag, (Einheitspreis 50 Pfg.) machen wir nochmals aufmerksam. Gegeben wird Strindbergs „Der Vater“. Das Werk fand hier kürzlich begeisterte Aufnahme. Morgen, Dienstag, begehrt der Komiker Herr Martin Thiel sein 20jähriges Bühnenjubiläum. Aus diesem Anlaß wird die tolle Burleske „Sündenböcke“ nochmals gegeben, worin der Jubilar die Hauptrolle spielt.

Firkus Viliput im Hansa-Theater ist jetzt das Stadtgespräch in Lübeck. Das Theater ist täglich stark besucht. Die nächste Nachmittagsvorstellung ist für Mittwoch, den 8. Januar nachmittags 4 Uhr festgesetzt worden. Die Kasse für die Nachmittagsvorstellung ist am Mittwoch von 12—1 Uhr mittags im Hansa-Theater geöffnet.

Griffan. Ein schwerer Unfall hat sich auf dem Hofe Wenzel ereignet. Der Arbeiter Wilkaat erlitt von dem Maschinenmeister Kohl den Aufschlag, die in Unordnung geratene Dreschmaschine nachzusehen. In dem Moment, als Wilkaat in das Getriebe der Maschine hineingriff, neigte sich die Presse mit der Nadel nieder und zermalte W. den Kopf. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und 4 Kinder. Wäre die Presse während des Nachmittags abgestellt worden, dann hätte sich das Unglück nicht ereignet.

Hamburg. Das Brandunglück in der Heinestraße hat drei Menschenleben gefordert. Es ist den Bemühungen und der Kunst der Ärzte im Israelitischen Krankenhaus leider nicht gelungen, das Leben der drei am schwersten verbrannten Personen zu retten. Von den vier Verunglückten ist nur noch der Arbeiter Bär am Leben und befindet sich jetzt außer Gefahr. Vom Tode ereilt sind das Fräulein Kägl, dessen fünfjähriger Sohn, sowie der Theaterdiener Jaekl. — Ueberfahren und getötet. Als ein in der Peterstraße wohnender 15jähriger Arbeitsbursche B. am Sonnabend vormittag durch den Steckerhörnging, wurde er von einem Rollwagen umgestoßen und überfahren. Die Räder des schweren Fahrwerks gingen über den Körper des jungen Menschen hinweg und fügten ihm so schwere Verletzungen zu, daß er bereits auf dem Transport ins Hafens Krankenhaus starb.

Dorum. Der Hund als Lebensretter. Der vierjährige Sohn Peter des Fuhrwerksbesizers tom Wörden hatte am Nachmittage des Neujahrstages am Balger Weg gespielt und war hierbei in die längs diesem Wege hinfließende Wasserlöche gefallen. Der Hund des Herrn tom W. hatte diesen Vorgang bemerkt und sprang dem Sohne seines Herrn sofort nach. Er ergriff ihn auch, hielt ihn über Wasser und versuchte mit ihm das Ufer zu erklettern. Infolge des schlüpfrigen Uferandes und seiner schweren Last wollte dies jedoch nicht gelingen. Nun fing das treue Tier ein jämmerliches Geheul an und auf dieses eilten Angehörige des Knaben herbei, die ihn mit dem Hunde noch rechtzeitig dem nassen Element entreißen konnten. Nur der Treue des Hundes verdankt das Kind seine Rettung und dadurch ist den Eltern ein tiefer Schmerz erspart geblieben.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Lottchens Geburtstag. Lustspiel von Ludwig Thoma. Am Sonnabendabend wurde im Stadttheater nicht nur viel und herzlich gelacht, sondern es gab auch manche Damen mit eröteten und verschämten Gesichtern, als Lottchen ihren zwanzigsten Geburtstag feiern sollte. Thoma, der schon so häufig gezeigt hat, daß er ein wirkungsvoller Satiriker ist, behandelt nämlich in seinem kleinen einaktigen Lustspiel das immerhin etwas heikle Thema von der sexuellen Aufklärung, welche die Eltern ihren Kindern zu geben haben. Er stellt uns zu diesem Zweck einen prächtigen Professor vor, der diese Aufklärung selbst in letzter Stunde vor seiner Verheiratung von einem Zoologen erhielt, und es nun für dringend notwendig erachtet, darüber zu wachen, daß sowohl sein zukünftiger Schwiegerohn als auch seine Tochter rechtzeitig die nötigen Kenntnisse auf diesem Gebiete in sich aufnehmen. Die Pointe ist schließlich, daß Lottchen an ihrem Geburtstag bekennt, sie habe bereits ohne Vorwissen ihrer Eltern einen Gebarmenkursum durchgemacht; sie ist demnach schon mit allem vertraut, was ihr die vom Vater vorgesehene sexuelle Aufklärung offenbaren könnte.

Thomas' wichtige Bepötlung der schulweiserlichen Auffassung von der sexuellen Aufklärung ist stets eines dankbaren Publikums sicher. Man braucht aber deshalb den Wert des Lustspiels nicht besonders hoch anzuschlagen, da ihm literarische Bedeutung nicht zukommt. Auch von einer eigentlichen Handlung oder einer Zeichnung von Charakteren ist nicht die Rede. „Lottchens Geburtstag“ genießt man wie Peter Schlemihls Gedichte im „Simplizissimus“: man schmunzelt und freut sich über jeden Hieb, der folgt. Ge spielt wurde das Stückchen von unsern Künstlern ganz vortrefflich. Herr Schweiguth bot als Professor ein kleines schauspielrisches Kabinettstück. Seine Mimik, seine Gesten waren unwiderstehlich komisch. Ein famoles Pendant dazu schuf Herr Heydecker als angehende Schwiegerohn. Das weibliche Element, dessen natürliches Empfinden Thoma in einer wirkungsvollen Gegensatz zu der Weltfremdheit seiner gelehrten Pädagogen stellt, wurde von den Damen Gerlach, Gueppeden und Laudien in bester Weise vertreten. So war es durchaus verständlich, daß die Erhienenen ihre Befriedigung über ihre Teilnahme an „Lottchens Geburtstag“ durch lebhaften Beifall kundgaben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwärz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gebr. Hirschfeld

Lübeck, Breite Strasse 39-41.

Inventur-Ausverkauf.

Es werden in allen Abteilungen unserer

Damen- und Kinder-Konfektion

sämtliche auf Lager befindliche Waren ohne Rücksicht auf den Wert zwecks totaler Räumung

zu ganz außergewöhnlich billigen herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Infolge der ungünstigen Witterung sind die Läger noch reich sortiert. Um die Bestände gänzlich zu räumen, sind die Preise bis zu **75 Prozent** unter Einkaufspreisen herabgesetzt.

Wir empfehlen unter anderem solange vorhanden:

Winter-Paletots	130 cm lang mit Riegel, hochgeschlossen und offen zu tragen . . .	5²⁵ M.
Winter-Jacketts	aus dicken warmen Winterstoffen, neueste Fassons, ein- und zweireihig . . .	5⁵⁰ M.
Winter-Mäntel	mit Kimonoärmel, 120-130 cm lang	2⁵⁰ M. 3⁷⁵ M.
<hr/>		
Abend-Capes mit Pelz		4⁵⁰ M.
Tuch-Abend-Mäntel	ganz gefüttert, mit Wattelin-Einlage	8⁷⁵ M.
Tuch-Abend-Mäntel	elegante Modellfassons	15⁰⁰ M.
Sammet-Mäntel	mit Tresse garniert, 130 cm lang . . .	25⁰⁰ M.
<hr/>		
Jacken-Kostüme	aus Stoffen englischer Art, zum Teil mit Seidenserge gefüttert	10⁵⁰ M. 15⁰⁰ M.
Blaue Jacken-Kostüme	aus Kammgarnstoffen, mit Seidenserge gefüttert, reich mit Tresse garniert	16⁷⁵ M. 19⁵⁰ M.
Tailen-Kleider	aus reinwollenem Popelin	16⁵⁰ M.
<hr/>		
Lange Sommer-Paletots	aus Stoffen engl. Art	2⁷⁵ M. 3⁷⁵ M.
Tuch-Kimono-Mäntel		2⁷⁵ M. 3⁵⁰ M.
Staubmäntel	in Leinen- und Wollstoffen	3⁷⁵ M.
Frauen-Mäntel	aus schwarz Tuch	12⁵⁰ M.
Taffet- und Voile-Mäntel		13⁵⁰ M.
Leinen-Kostüme		3⁵⁰ M.

Kostüm-Röcke	aus Stoffen englischer Art, mit Garnierung	2²⁵ M. 2⁹⁵ M.
Kammgarn-Röcke	schwarz-weiß gestreift	4⁹⁰ M.
Satintuch-Röcke	ganz gefüttert, mit Tresse garniert . . .	6⁷⁵ M.
<hr/>		
Wollene Blusen	aus Popelin, gefüttert, mit Garnierung	1⁹⁵ M. 2⁵⁰ M.
Sammet-Blusen	mit moderner Garnierung	4⁹⁰ M.
Seidene Blusen	hell und dunkel moderne Fassons zum Aussuchen	6⁷⁵ M.
<hr/>		
Wasch-Unterröcke	mit hohem Volant	95 M.
Unterröcke	aus Halbtuch, mit garniertem Volant . .	1⁹⁵ M. 2⁷⁵ M.
Trikot-Unterröcke	mit Moirette-Volant	2⁹⁵ M.
<hr/>		
Kinder-Jacketts	aus blauem Winter-Cheviot Einheitspreis für alle Größen	3²⁵ M.
Schulkleider	aus praktischen Stoffen, nett garniert Einheitspreis für alle Größen	3²⁵ M.
Hauskleidchen	aus Barchent	75 M.
Russenkittel	aus Waschstoffen	65 M.

Pelzwaren

Kragen, Muffen u. Kinder-Garnituren auffallend billig, z. T. für die Hälfte des Wertes.

3 Serien Pelzkragen aus Mufflon, Tibet, Nerzmarmel, Seal-Kanin **1⁷⁵ M. 2⁷⁵ M. 4⁵⁰ M.**

Wir bitten zum Einkauf die Vormittagsstunden zu bevorzugen.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Schnitzerei des Fab. Volksboten,
Johannstraße 48.

Stadthallentheater.
Dienstag, 6. Jan. 8^{1/2} Uhr:
Volksmäßige Vorstellung.

50 Einheitspreis Fünzig 50
Alle Plätze 50 Pfg.
Sogte. 11.11.1913.

Der Vater.
In 3 Akten von Ernst von
Rückert.

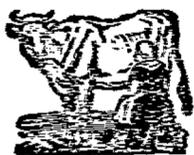
Dienstag, 7. Januar, 8^{1/2} Uhr:
20-jähriges Jubiläum
des Herrn Thiel

Komiker-Benefiz
Zur allgemeinen Freude:

Sündenböcke.
Eisenstein - Martin Thiel.
In 3 Akten.

Die Welt ohne Männer.
Sensuelle Komödie. (175)

Keine Irrvatenscheit.



Vereinigte Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50 M.** (166)

Vorträge der Oberschulbehörde
Winterhalbjahr 1912/13.
Schulrat Professor Dr. Wychgram:
Pädagogische Probleme der Gegenwart.

4 Vorträge:
Montag, 12. und 29. Januar,
3. und 10. Februar 1913.
Die Vorträge finden in der Aula des
Johanneums statt und beginnen um
8^{1/2} Uhr. 157
Eintrittskarten zum Preise
von Mk. 1.— sind in den bekannten
Stellen und außerdem an den Vor-
tragsabenden im Johanneum zu haben.

5 Hasenfelle
Kanin, Fuchs, Marder, Fitis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Rindschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Währmstr. 22 a.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 8. Januar 1913
abends 8 Uhr.
14. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist: Herr Konzertmeister
W. Nowack (Violine).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Vorspiel zu Lohengrin R. Wagner.
Le Carnaval romain H. Berling.
Phantasie aus „Margarethe“
Ch. Gounod.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger. 178

Hansa-Theater
Anfang 8^{1/2} Uhr.
Noch nie dagewesen!
Zirkus Liliput

Vorher die hervorragend.
Spezialitäten. (173)
Nach der Vorstellung ab
11 Uhr Kabarett.
Neue Künstler.

Mittwoch, 8. Januar 1913
nachmittags anfang 4 Uhr.
**Kinder- und Schüler-
Vorstellung.**
Kleine Preise.

Sterbefälle
„Die Vertrauliche“, Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, 5. Febr. 1913
abends 8^{1/2} Uhr
im Bürgerverein.
171) Der Vorstand.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 7. Januar 1913.
Abends 7^{1/2} Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
94. Brst. i. B.-M. 15. Brst. i. Dienstag-M.
Tannhäuser.
Oper von Rich. Wagner.
Landgraf: B. Dlabal vom Stadt-
theater Leipzig a. S.
Große Preise.
Mittwoch, den 8. Januar 1913.
Abends 8 Uhr. Ende nach 10^{1/2} Uhr.
Einmalige Aufführung.
Alt-Heidelberg.
Schauspiel von W. Meyer-Hofster.
Kleine Preise. 154
In Border.: Der guttühende Herr.
Komödie von Gabriel Dregey.

Nieder mit dem Krieg!

Ein Parteigenosse, der als Offizier den Feldzug in der serbischen Armee mitmacht, schreibt:

Mitten im Kriege stehend, unter dem starken Einfluß der Menschenschlächterei, der Roheiten und der Barbarei, rufe ich ganz energisch aus: Nieder mit dem Krieg! Und ich kann es Ihnen bezeugen, dieselbe Stimmung beherrscht heute nicht nur uns, die Sozialdemokraten, die das unbeugsame Schicksal gezwungen hat, an der Barbarei mitzuwirken, sondern alle Menschen, die die Schrecken, die furchtbaren Folgen und unvermeidlichen Begleiterscheinungen eines Krieges gesehen haben, selbst die berufsmäßigen hartköpfigen Militaristen. Denn das, was wir erlebten, war für den gefunden Menschenverstand unfassbar, für die gefunden menschlichen Gefühle unerträglich. Nach einem Monat stehen wir da, die siegreiche Armee, verhungert und erkrankt, nervös, verrotzt, in einen Zustand längst vergessener Wildheit zurückversetzt. Mit Brandstiftungen, Mord, Massenmord sind unsere Hände besudelt. Tag und Nacht verbrachten wir brandstiftend, plündernd und tödend, und dabei waren wir immer todmüde, hungrig wie die Wölfe in öden Gebirgen, schliefen nur ein paar Stunden in Regen, Schnee und Eis unter freiem Himmel. Und je roher unser Leben war, desto kostbarer erschien es uns. Dabei stand man zu jeder Zeit unmittelbar vor dem Tode, sah man die Verwundeten, die Freunde, die Genossen in Todesqualen; die Nervenkraft war bis zur äußersten Grenze angestrengt. Man hatte nur noch Gefühl für das nackte, rohe, verwilderte Leben. Nicht nur nervös, ja verrückt wird man dabei, sondern auch blutdürstig. Denn in solcher Lage findet man die einzige Befriedigung in den dem Feinde verursachten Qualen, in seiner Aushungerung, Vernichtung und Tötung. Erst nachdem der uns gegenüberstehende Mensch vernichtet daliegt, zeigt sich ein heiterer Zug auf unserm trüben Gesicht.

Ich will Ihnen nicht beschreiben, wie schrecklich schwer es war, uns aus den Armen unserer Mütter und unserer Schwestern zu reißen, die uns weinend und schluchzend festgehalten haben; ich will Ihnen nicht das furchterliche Schauspiel beschreiben, als wir unter der nur vom Weinen und den lauten Weherufen der Frauen unterbrochenen Stille unsere Heimstätte verließen; ich will es Ihnen nicht beschreiben, wie wir wie die Hunnen die von Arnavuten bevölkerten Gegenden durchzogen. Nachdem die Arnavuten von unserer Regierung bestochen und mit unseren Waffen versehen waren, haben sie zuerst gegen die türkische Regierung gekämpft, und dann diese Waffen gegen uns gerichtet. Dafür traf sie furchterliche Rache. Alles, was sich von ihnen uns entgegenstellte, wurde niedergemacht. Vieh und Eigentum wurden geplündert, die Häuser bis zum Grunde verbrannt. Wo wir passierten, wurde alles in eine Einöde verwandelt. Und dabei kamen Szenen vor, über die man tagelang sprechen und sie doch nicht erschöpfend beschreiben könnte. Ich will Ihnen nichts sagen über die blutigen Kämpfe bei Rumanova, bei Prilipi, bei Minzi, wo Tausende und aber Tausende von Menschen ihr Grab gefunden haben. Nur einige Szenen aus der letzten Schlacht bei Monastir will ich Ihnen vor Augen führen, um Ihnen zu erklären, warum heute nur eine Stimmung alle

Krieger beherrscht, die in dem Rufe: Nieder mit dem Krieg! zum Ausdruck kommt.

Vier Tage dauerte der Kampf. In der Nacht konnten weder wir noch die Türken schlafen, da man sich vor einem nächtlichen Angriff sichern mußte, und nur in der Nacht konnte man die Kanonen über die Gebirge hinüber schleppen und den Türken näher kommen. Denn unsere Uebermacht bestand besonders in der Artillerie. Welchen Nutzen aber boten beinahe zweihundert Kanonen, die wir vor Monastir hatten, wenn man sie nicht in Stellung bringen konnte. Die Ebene, in der Monastir gelegen ist, war vollständig überschwemmt. Wollte man über das Feld vorwärts rücken, so sank man bis zum Gürtel, stellenweise bis an den Hals in Wasser und Schlamm. Da konnte nicht einmal Infanterie vorwärts kommen, viel weniger Artillerie. Die Gebirge aber, die die Ebene einschließen, sind so hoch, steinig und ungangbar, daß Fahrzeuge sie nicht passieren konnten. Wir hatten nur eine Batterie der Gebirgsartillerie, alles andere waren Feld- und Festungsgeschütze. Es blieb nichts anderes übrig, als die schweren Kanonen von der Infanterie schleppen zu lassen, wobei man in der ganzen Nacht kaum eine Batterie von vier Kanonen hinauf- und hinunter schleppen konnte. Ebenso ging es den Türken. In dieser Weise verbrachten wir vier Nächte: am Tage furchtbarer Kampf, nachts die überaus schwere Lasterarbeit.

In der Ebene regnete es unaußhörlich, die Gebirge waren mit Schnee bedeckt. Glend sahen unsere Leute aus: müde und hungrig, naß und schmutzig, beinahe ganz ohne Schutzzeug. Zwei Hindernisse hatten sie zu überwinden: die natürlichen Wasser und Regen, und die menschlichen, das energische Feuer der Türken, besonders das ihrer Artillerie und ihrer Maschinengewehre. Wer das nicht miterlebt hat, kann es sich nicht vorstellen. Wir marschierten durch Wasser und Schlamm und über unseren Köpfen krachten die türkischen Schrapnells und die Kugeln klatschten wie dicke Regentropfen in das Wasser. Hinlegen ist unmöglich, da man dabei ertrinken würde. Das beste Mittel, sich zu schützen, bestand in schnellem Vorwärtsdringen. Viele sind dabei gefallen. Schrecklich sahen besonders diejenigen aus, die in den Kopf getroffen waren, aus dem das Gehirn hinausdrang. Schauerhaft waren die Wehrlose derer, die von Sprengstücken getroffen, einen Arm oder ein Bein verloren. In dieser Weise rückten wir zwei Kilometer vorwärts. Und als wir nur noch einandereinhalfen Kilometer von den Türken entfernt waren und ihre Artillerie von der unseren vollständig zum Schweigen gebracht war und uns keinen Schaden mehr zufügen konnte, da brach auf einmal das Schnellfeuer der Maschinengewehre los. Vor den türkischen Schützengräben war es etwas trockener, da in den Riedern tiefe Kanäle ausgegraben waren, die das Wasser abgeleitet hatten. Wollte man sich von den Kugeln der Maschinengewehre und der Schützen sichern, so mußte man in diese Kanäle hineinspringen. Sie waren stellenweise so tief, daß man schwimmen mußte. Und alle 50 Meter war ein Graben. Vorwärtskommen konnte man nur, wenn man von einem Graben zu dem andern lief. Das Feuer von beiden Seiten war ungemein stark. Als wir auf achthundert Meter an die Türken heran waren, kamen diese in eine furchtbare Lage. Ihr Feuer verstummte, da nicht ein Bläshen vor ihren Schützengräben von unseren Kugeln verschont blieb. Man versuchte sie zu umzingeln,

und da sie ihre Lage für hoffnungslos ansahen, wandten sie sich zu wilder Flucht.

Das war ein Augenblick, der alle Schrecken der Hölle übersteigt. Wenn ich daran denke, kommen mir die Tränen. Ich vergaß alles, was ich erduldet hatte und ein inniges, tiefes Mitleid mit den armen, elenden Türken griff mich.

Nur in zwei Richtungen konnten sie zurück: westlich von Ohrida und südlich nach Florina, denn nördlich standen wir und östlich waren unpässbare Schneeberge. Nach beiden Richtungen waren die Türken abgesehen, sie waren vollständig umzingelt. Nach Florina konnten sie nur auf einem einzigen Wege, da links und rechts alles mit Wasser bedeckt war. Aber eben dieser Weg in seiner ganzen Länge wurde von unserer Artillerie besetzt. Aus ihren Schützengräben an den Gebirgshängen rannten die Türken auf diesen Weg. Laufende von Schrapnells explodierten über ihren Köpfen, von vorn, in der Richtung ihrer Flucht, noch mehr als von hinten oder von der linken Seite. Und was konnten sie tun? Sie sind stehen geblieben ohne einen Schuß abzufeuern. Stellenweise wurde die weiße Fahne gezeigt und Offiziere zu Pferde winkten mit ihr, als ein Zeichen, daß sie sich ergeben wollten. Man glaubte es aber nicht, da man zweimal mit den Arnavuten sehr schlechte Erfahrungen mit dem Ergebnis gemacht hatte. Unser Feuer wurde nicht eingestellt. Tausende von Menschen sind da liegen geblieben. Erst in der Nacht konnte ein Teil fortkommen. Nur eine Division von 10 000 Mann, die in Reserve gestanden hatte, konnte in Ordnung zurückgehen, wurde aber, nahe bei Florina, von unserer Kavallerie auseinander gejagt.

Auf dem linken türkischen Flügel, wo der beste und der tapferste türkische Feldherr Dschavid-Pascha kommandierte, wollten die Türken um jeden Preis durchbrechen, um sich bei Ohrida wieder zu sammeln. Dreißigtausend Mann unserer Infanterie und eine zahlreiche Artillerie sperren ihnen den Weg. Wie wahnwitzig rannten die Türken und suchten eine schwache Stelle, um durchzubrechen. Daher kam es zu einer furchtbaren Schlächterei, Säbel oder Bajonette wüteten und der steinige Boden war dicht mit Menschenleichen bedeckt. Nur weil es am vierten Tage ganz neblig war, gelang es kleineren türkischen Abteilungen mit Dschavid-Pascha selbst zu entkommen.

Die Verfolgung der Flüchtigen wurde sofort aufgenommen. Was in der Richtung nach Ohrida vorgekommen ist, weiß ich nicht, wohl aber das, was sich in der nach Florina ereignete, da ich daran teilgenommen habe.

Da der Weg erst im Bau war, war es den Türken unmöglich, ihre Bagage, ihre Kanonen und Munition fortzubringen. Auf dem Wege lagen Tausende von Gewehren, Munitionskisten, Zelten, Kleidungsstücken, Schuwaren, Eßgeschirren, Brot, mehl, Reis usw. Die Fuhrleute hatten alles aus den Wagen geworfen, um sie zu erleichtern. Davon hatten sie aber keinen Nutzen. Denn einen Kilometer weiter, nachdem der erste Wagen gebrochen oder das erste Pferd getötet war, konnte der Zug nicht weiter. Auf dem Wege und rechts und links von ihm lagen Hunderte von toten Pferden und Ochsen. Zwanzig Kanonen mit Munitionswagen und eine riesige Zahl von Wagen waren verlassene. Unter ihren Rädern lagen Verwundete, Kranke und vor Angst wahnwitzig gewordene Flüchtlinge, die nicht weiter konnten. Herzzerrend war dieses Bild, ein Zeichen der Ver-

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(30. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Gewiß,“ rief er, „Ihr habt Euren Stolz und wollt keine Almosen, damit man auf Euch mit Fingern deute, als fallet Ihr der Gemeinde zur Last! Nein, Ihr wollt Euch rüben redlich verdienen. Ihr wollt weder vom Staat, noch von der Gemeinde, noch von privaten Wohlthätern Unterstützungen haben; aber Ihr wollt so viel verdienen, daß Ihr Eure Familien ordentlich nähren und kleiden könnt. Dann brauchen Euch keine mitleidigen Seelen Bettelstuppen zu schenken und es brauchen auch nicht alle Jungfern aus Langeweile Zigarrenabschnitte zu sammeln und Strümpfe und Fäden zu stricken, damit Euren Kindern etwas zu Weihnachten bescheert werden kann. Der eigene Herd kann Euch nur freuen, wenn er auf Eure Arbeit und nicht auf das wahre oder falsche Mitleid anderer gegründet ist.“

Ein Beifallssturm brach aus. Born fuhr fort: „Ich bin gewiß nicht dazu angetan, leichtsinnigen Streiks das Wort zu reden und mir kann man auch nicht nachsagen, ich hätte ein Interesse an einer Arbeitseinstellung in der Steinbeckschen Fabrik. Aber was ich sage, das kommt mir von Herzen. Ich weiß, daß der Kommerzienrat von Steinbeck bedeutende Aufträge angenommen und Kontrakte abgeschlossen hat, die er um jeden Preis ausführen und innehalten muß. Er kann keine Pause eintreten lassen; er muß Euch nachgeben. Ihr stellt keine übertriebenen Forderungen; Ihr wollt ja nur den kärglichen Lohn behalten, den Ihr bisher gehabt. Und so rate ich Euch: Sendet morgen Vormittag eine Deputation zu dem Kommerzienrat, die ihm ruhig aber bestimmt erklärt, daß die gesamte Arbeiterschaft einmütig und entschieden sich gegen die Lohnherabsetzung und die Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen habe. Wenn er auf jenen Maßregeln bestünde, so würdet Ihr die Arbeit niederlegen und für Abhaltung des Zuzuges fremder Arbeiter Sorge tragen. Er wird nachgeben und Ihr könnt es wagen, denn Ihr habt nicht mehr viel zu verlieren.“

Minutenlanger Beifall folgte der Rede. Born trat ab und die Versammlung beschloß nun ohne weitere Diskussion ganz seinem Rate gemäß. Es ward eine Deputation gewählt, die dem Kommerzienrat den anderen Vormittag die Forderungen seiner Arbeiter überbringen sollte. Dann gingen die Versammelten auseinander und ein Teil besuchte die umliegenden Schänken, wo sie noch lange über diese merkwürdige Versammlung diskutierten.

Als der Professor an Born vorüberkam, konnte er sich nicht enthalten zu sagen:

„Sie sind ein guter Redner, aber nun werden Sie doch nicht leugnen, daß Sie ein Sozialdemokrat sind!“

„Ich wüßte wirklich nicht,“ antwortete Born, „was in meiner Rede besonders Sozialdemokratisches enthalten sein sollte. Doch steht es Ihnen frei, darüber zu denken, was Sie wollen!“

Während Wenzel in einer Wirtschaft einigen Arbeitern beizubringen suchte, Born sei ein Verräter, ein Agent der Bourgeoisie und wahrscheinlich vom Konkurrenten des Herrn Steinbeck bezahlt — welche Verdächtigung so schlechten Erfolg hatte, daß Wenzel beinahe hinaus geworfen worden wäre, währenddessen schritt Born draußen durch die dunklen Straßen. Es drängte ihn, allein zu sein. Als er an Hermine's Wohnung vorüber kam, war alles dunkel. Traurig sah er zu den dichtverhangenen, nur im schwachen Mondlicht blinkenden Fenstern der Geklebten empor.

„Ich sehe, es wird dunkel,“ murmelte er in sich hinein. Und er schritt weiter, ohne sich noch einmal umzusehen. Wenn er gewußt hätte, daß Hermine im Nachtgewand hinter den Gardinen lehnte und und mit tränenden Augen ihm nachschaute.

Elftes Kapitel.

Das Testament.

Die große Arbeiterversammlung war ein Ereignis gewesen, denn so etwas hatte man zu Wendelheim noch nicht erlebt. Als am andern Tage die Zeitungen mit den Berichten erschienen, war Borns Name wieder in aller Mund. Seine sachlichen Ausführungen machten einen großen Eindruck und mancher Spießbürger sprach beim Frühstücken offen aus, daß der junge Mensch — so nannten sie ihn — doch nicht so unrecht habe, denn wenn die Arbeiter nichts verdienen, so könnten auch der Krämer, der Bäcker, der Schlächter und der Gastwirt und jeder andere Gewerbetreibende nicht auf ein gutes Geschäft rechnen.

Bei den Arbeitern war Fritz Born der Held des Tages. Er hatte allerdings den großen Erfolg zu verzeichnen, daß seine Voraussetzungen buchstäblich eintrafen. Die Versammlung hatte auch auf den Herrn Geheimen Kommerzienrat und seinen Direktor einen tiefen Eindruck gemacht. Herr von Steinbeck war Gründe nicht so ganz unzugänglich und die Gegenüberstellung von dem Haushaltungsbudget eines Arbeiters und seinem Jahreslohn verhalf bei ihm ihre Wirkung nicht. Der Direktor sagte dazu: „Es wird gut sein, nachzugeben; die Leute wissen, wie sie daran sind und kennen unsere Verpflichtungen. Wenn wir es bis zur Arbeits-

einstellung kommen lassen, werden wir einen ungeheuren Schaden erleiden, der den sicheren Bestand des Geschäfts untergraben kann.“

„Und die Konkurrenz?“ meinte der Herr Geheimen Kommerzienrat.

„Nun, da müssen wir eben auf andere Mittel finnen,“ antwortete der Direktor. „Ich werde Ihnen Vorschläge machen. Wenn wir eine Weile mit Unterbilanz arbeiten und dadurch den Gegner aus dem Felde schlagen, so wird der Schaden nicht den zwanzigsten Teil von dem betragen, was wir bei einem Streik einbüßen. Es kommt aber alles wieder ein, wenn wir den Konkurrenten verdrängen, während er durch einen Streit entschieden Oberwasser bekommt!“

Diese Erwägungen stimmten den Kommerzienrat völlig um. Als die Deputation der Arbeiter erschien, wurde sie sehr freundlich empfangen und der Herr Kommerzienrat kündigte an, daß er dem Wunsch seiner sämtlichen Arbeiter nachgeben und sowohl die Lohnherabsetzung als die Verlängerung der Arbeitszeit zurückziehen werde.

Die Deputation entfernte sich voll Freude, um den Arbeitern die frohe Botschaft zu überbringen. Einer sagte freilich:

„Gebt acht, die Scharte wird der Alte ausweichen, sobald er es ohne Schaden kann!“

Aber alle standen unter dem Zauber eines so raschen und leichten Erfolges und dachten nicht weiter darüber nach.

Während unter den Arbeitern sonach die lebhafteste Befriedigung und Fröhlichkeit über den Ausgang der Streik-Angelegenheit herrschte, befand sich derjenige, der dazu am meisten mitgewirkt hatte, bekümmert und niedergeschlagen in seinem Zimmer.

Fritz Born war in aller Frühe aufgestanden, denn seine innere Erregung ließ ihn nicht schlafen. Er trieb sich draußen im Walde umher, bis es ihm schicklich erschien, seinen täglichen Besuch bei Hermine zu machen. Aber er traf sie nicht. Das Dienstmädchen sagte ihm, Hermine habe sich durch Pflege und Nachwachen bei ihrer Tante über Gebühr angestrengt und liege zu Bett, um sich einmal ordentlich auszuruhen. Herr Born sei gebeten, erst gegen Abend vorzukommen.

Born entfernte sich seufzend. Das Dienstmädchen warf einen halbspöttischen Blick hinter ihm her. Hätte Born diesen Blick gesehen, so würde er gewußt haben, daß in diesem Hause ein Umschlag der Stimmung gegen ihn vor sich gegangen war. Es gibt Diensthofen, deren Benehmen in dieser Hinsicht eine Art Barometer ist.

Je trauriger es in der Seele Borns ausfiel, desto vergnügter ging es in dem Komitee zu, das für das Deforum der guten Stadt Wendelheim zu sorgen hatte. Seit zehn Uhr

nichtung der türkischen Armee und des türkischen Staates. Mit einem Gefühl befriedigter Rache stürmte unsere Infanterie vorwärts, plünderte aus der türkischen Baggage alles, was sie nur tragen konnte und warf links und rechts Wagen und Munitionstaschen ins Wasser, um für unsere Artillerie den Weg frei zu machen. Die Soldaten hatten kein Mitleid mit dem Elenden unter den Wagen. Sie wurden rücksichtslos mit den Bajonetten gestochen und ins Wasser geworfen. Da habe ich von der Kommandogewalt, die ich hatte, Gebrauch gemacht, und es werden sich wohl viele finden, die mir ihr Leben zu verdanken haben. Nebenbei kann ich Ihnen berichten, daß einer unserer besten Genossen ein volles Tausend von flüchtenden Türken gerettet hat. Das konnten wir tun, da vier Mitglieder der Parteileitung Offiziere sind. Der schmerzhafteste Eindruck steigerte sich auf dem Wege nach Florina. Dort wo der Boden etwas trocken war, fanden wir viele Trupps von türkischen Familien, Greise, Frauen, Kinder, die halb erfroren unter dem Regen zitterten. Es herrschte eine Totenstille bei ihnen. Die halbtoten Kinder konnten nicht mehr schreien. Besonders schmerzhaft wirkten auf uns die toten kleinen Kinder, die bleich und abgezehrt am Wege lagen. Für das weiche Fleisch dieser Kinder zeigten die Scharen von Maden, die uns regelmäßig begleiteten, eine besondere Vorliebe.

Endlich, um unsere Nerven noch mehr auf die Folter zu spannen, sahen wir verbrannte Menschen in den Dörfern liegen. Die Mitglieder unserer besten Banden in der Türkei, die sich aus den schlechtesten Elementen der Gesellschaft, besonders aus dem Lumpenproletariat rekrutierten, haben die abscheulichsten Bestialitäten begangen. Sie haben die Menschen selbst ins Feuer gestochen. Zehn waren gebunden auf einen Haufen geworfen worden und über ihnen wurde ein Haufen Stroh in Brand gesteckt.

Lebendig verbrannte Menschen! Dieses nervenerschütternde Schauspiel werde ich nie vergessen. Es stört den Traum aller gesunden Menschen, die es gesehen haben.

Nach alledem, was wir erlebt und gesehen haben, kann es nicht Wunder nehmen, daß wir hinausstreifen: Nieder mit dem Kriege!

Wir kämpfen jetzt in den jämmerlichen türkischen Dörfern. Was in der Welt vorgeht, wissen wir nicht, da die Zeitungen für uns verboten sind. Nun hören wir, daß die Gefahr besteht, daß dieser Balkankrieg in einen Weltkrieg umgewandelt werde. Wenn ich daran denke, dann läßt es mir keine Ruhe. Haben die Menschen den Verstand ganz verloren? Was nützt uns unsere ganze Kultur, wenn wir mit einem Schlage in die vorgeschichtliche Wildheit zurückkehren? Mitten aus dem Kriege, aus der grausamen Erfahrung heraus rufen wir an Sie, die einzigen Kulturmenschen, die europäische Sozialdemokratie, die dringende Bitte: Kämpfen Sie mit aller Kraft gegen den Krieg, rufen Sie mit uns zusammen aus: Nieder mit dem Kriege!

Der Weltmarkt im Jahre 1912.

Ein järmliches Jahr ist zu Ende gegangen, ein Jahr harter Bewegung auf wirtschaftlichem Gebiete, dem heftige Erschütterungen auf politischem entsprachen. Die günstige Konjunktur, die das Jahr 1911 gekennzeichnet hat, setzte sich im folgenden Jahre fast bis zum Schlusse fort und äußerte sich für die meisten Industriezweige nicht bloß in einer Steigerung des Absatzes, sondern auch in einer ziemlich bedeutenden Erhöhung des Preisniveaus. Rohstoffe sowie Halb- und Ganzfabrikate zogen im Preise an, ohne daß deswegen die Aufnahmefähigkeit der Märkte beeinträchtigt worden wäre. Die Montan- und Eisenindustrie war derart beschäftigt, daß sie zeitweilig nicht in der Lage war, die Bestellungen auszuführen. Ebenso hatten die chemische Industrie,

normittags saßen Frau Meyer, die Polizeiträtin Hahn und Fräulein Silberstein beisammen. Endlich war die Aussicht da, den Frieden zu vernichten, nachdem alle Bemühungen gescheitert waren. Hermine war korrigiert worden und das getragene Verhalten von Born in der Arbeiterversammlung lieferte eine Handhabe, den „jungen Herren“ aus seinen ererbten bürgerlichen Beziehungen zu drängen und ihn in das Proletariat zurückzuführen, aus dem er ausgewandert war. Dann schloß das Trübsalvolle Vermögen unter einer ehrbaren Bürgerin von Wendheim und der Doktorin war gewahrt.

Das Komitee beschloß energisch zu handeln. Um elf Uhr fanden die drei Damen vor dem Tischchen Platz.

„Das gnädige Fräulein läßt“, sagte das Dienstmädchen, „daß ich von der Herrschaft bei den Nachtwagen zu erhalten. Aber die gnädige Frau ist noch und wird Sie empfangen.“

„Wollen Sie uns der gnädigen Frau?“ befragt Frau Meyer.

„Das tritt sich herrlich!“ jubelte sie, als das Mädchen hinausgegangen war und man sich im Empfangsalon niederlassen konnte. „Aber heißt es aber die Alte herbeibringen!“

„Die lassen Sie nicht los“, stimmte Fräulein Silberstein bei.

„Es ist noch zu spät“, sagte die Polizeiträtin hinzu. — Sie wurden eingeleitet und fanden die alte Frau in ihrem Saal eingekerkert. Die drei Damen ergingen sich in überaus angenehmen Gesprächchen und Fräulein Silberstein, und die Dame, nach der Art einer, halbständigen oder auch ständiger Dame, hante sich über die Mägen ab solcher Zeitnahme. Ein Gespräch aus dem andern floß über das weite, trübselige Gebiet.

„Sie beschäftigen sich immer wieder“, sagte Frau Meyer. „Die Besuchen uns alle!“ knurrte Fräulein Silberstein.

„Sie werden haben Jahre alt werden“, fuhr die Polizeiträtin fort.

„Aber Sie!“ erwiderte die Greisin lächelnd. „Aber ich habe mich auch wirklich so wohl und so kräftig wie schon lange nicht!“

„Es freut mich das so sehr“, belohnte Frau Meyer, „daß ich daraus ersehe, daß Sie die letzten Ereignisse nicht unangenehm haben.“

„Es ist nicht die Gesundheit!“ antwortete die alte Frau lächelnd. „Aber ich habe nichts davon gemerkt. Eingegeben hat die Dame freilich nicht.“

„Das glaube ich“, war die Polizeiträtin ein.

„Aber ich habe Hermine gleich gesagt, daß sie sich auf einem Krankenbette nicht befinden kann“, sagte Frau Meyer.

„Das habe ich auch schon gesagt“, sagte Frau Meyer.

die Elektrotechnik und die Papierindustrie, um nur die hervorragendsten Branchen zu nennen, außerordentlich viel zu tun. Nur die verschiedenen Zweige der Textilindustrie profitierten anfangs weniger von der ansteigenden Hochkonjunktur, doch wurden auch sie im Verlaufe des Jahres von der Woge des Aufschwunges erfasst, und selbst die Baumwollindustrie, die lange Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, zeigte gegen Jahreschluß eine kräftige Erholung.

Den Anstoß zu dieser Aufwärtsbewegung der industriellen Produktion und des Handels gab die gute Ernte des Jahres 1912, die — nicht nur für Deutschland, sondern auch anderwärts — teilweise Rekordziffern brachte, zugleich aber auch die allzu rasche Verteuerung der Lebensmittel einigermaßen verlangsamte. Ohne die gute Ernte wäre es zu noch ärgeren Erzeugnissen der Agrarier gekommen und eine veritable Hungersnot kaum hintanzuhalten gewesen. Da gleichzeitig der Außenhandel eine ansehnliche Zunahme erfuhr, wurde die Situation für die Massen der Bevölkerung vor der äußersten Verschlimmerung bewahrt. Wieder einmal hatten die Agrarier mehr Glück als Verstand und war ihren Vertretern in der Regierung die Möglichkeit gegeben, das darbenende Volk auf bessere Zeiten zu vertrösten. Für den Kapitalismus und seine Zionswächter ist eben der einzige Maßstab die Lage der Landwirtschaft und Industrie, und diese spiegelt sich am auffälligsten in den wachsenden Ziffern des Außenhandels. Der aber hat im Jahre 1912 neuerlich eine starke Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Nach einer vom englischen Handelsamt kürzlich veröffentlichten Uebersicht stellte sich für die wichtigsten Länder der Welthandel in den ersten neun Monaten (Januar-September) wie folgt:

	in 1000 Pfund Sterling		in 1000 Pfund Sterling	
	1911	1912	1911	1912
Rußland	81132	80437	11442	108208
Deutschland	344593	372513	290554	314738
Belgien	124665	129103	100099	109664
Frankreich	240160	238054	176254	191305
Schweiz	52657	56599	39861	39861
Spanien	29523	29788	26920	30101
Italien	101150	103631	63282	67967
Österreich-Ungarn	93674	107408	74103	79061
Ägypten	20203	18766	17483	19001
Vereinigete Staaten	263024	277744	293652	330976
Japan	43185	48818	33230	37563
Britisch-Indien	67520	76448	111657	121422
Kanada	75418	95395	37444	46405
Britisch-Südafrika	28231	29555	42343	46512
Großbritannien	411861	446045	331178	354284

Diesen Weltverkehrsziffern nach zu schließen, ist also im Jahre 1912 der Aufstieg der Produktion in den meisten Staaten, mit ganz vereinzelten Ausnahmen (Rußland), ein enormer gewesen. An der Spitze marschieren Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland. In weitem Abstände folgen die übrigen Staaten.

Dabei verzeichnet das Jahr 1912 die heftigsten Erschütterungen. Wenige Wochen nach dem Streik, der die ganze Baumwollindustrie Lancashires lahmlegte, brach am 1. März der Generalstreik im englischen Bergbau aus, der vier Wochen dauerte und eine Minderförderung von zirka 30 Millionen Tonnen Kohle zur Folge hatte. Dann folgte noch ein langwieriger Streik der Londoner Hafenarbeiter, um nur die größeren Arbeitseinstellungen in England zu erwähnen. Von den Lohnkämpfen, die sich im deutschen Reich abspielten, sei vor allem der Bergarbeiterkampf im Ruhrkohlengebiet hervorgehoben. Komöglich noch erschütternder wirkten der Inflation in Italien und nicht zuletzt die Revolution in China. Wie ein Erdbeben geht es durch die Wöl-

fer Ostens und Europas, eine „Revolution von oben“ nach der andern rüttelt an den Grundfesten der Staaten. Trotz dieser empfindlichen Störungen ist jedoch der Kapitalismus fast überall mächtig erstarkt. Am meisten in England, wo er alle Versäumnisse in feierhafter Tätigkeit nachgeholt und die erlittenen Einbußen wettgemacht hat. Der englische Außenhandel, der im Frühjahr noch den lang gestaute hatte, weist eine unerhörte Zunahme auf, und die wichtigsten Industrien wie Eisen, Schiffsbau, Reederei, sind fortgesetzt gut beschäftigt. Nicht einmal der abnorm hohe Zinsfuß vermindert die andauernd bedeutenden Geldansprüche der englischen Industrie, und unbefürchtet um die politischen Spannungen hielt die Hochkonjunktur auch zum Jahreschluß mit unverminderter Stärke an.

Dasselbe gilt von Frankreich, Belgien, Holland und der Schweiz. Dagegen haben Spanien, Portugal und Italien weniger gut abgeschritten; doch ist auch hier die Lage weit davon entfernt, kritisch zu sein, wenigstens soweit Italien in Betracht kommt. Hier hat nur die Baumwoll- und Textilindustrie Schaden genommen, erstere infolge des tripolitaniischen Krieges, letztere durch die japanische Konkurrenz. Die Eisenindustrie sowie andere Industriezweige, die vom Kriege direkte Anregung erfuhren, hatten flotten Absatz.

Ein völlig uneinheitliches Bild zeigte Rußland. Während die metallurgischen Industrien sowie das Baugewerbe ausgezeichnete Geschäfte machten, lagen die meisten übrigen Branchen danieder. Die Getreideernte fiel über mittel aus und brachte etwas Leben in die Geschäfte. Im Herbst jedoch trat in Südrußland durch die Kriegsergebnisse eine Behinderung des Getreideexports ein, die zahlreiche Zahlungseinstellungen und Wechselproteste zur Folge hatte. Wie im Odesaer, war auch im Warschauer Kreise die Stagnation vorherrschend.

Was die Balkanstaaten anbelangt, so ist Rußland durch eine schlechte Ernte und noch mehr durch verunglückte Getreidespekulationen, wozu sich noch ungeschickte Bankoperationen sowie eine Erhöhung der Seefrachten gesellten, hart mitgenommen worden. Nachdem die ersten sechs Monate gut verlaufen waren, kam es dann zu einer um so empfindlicheren Geldkrise, deren Folgen heute noch nicht überwunden sind. In Bulgarien, Serbien und Griechenland hat die zu Anfang des Jahres günstige Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte eine natürlich sehr merkliche Unterbrechung erfahren. Der Krieg führte im Herbst und Winter einen Stillstand der Geschäfte herbei, der aber in Griechenland weniger ausgeprägt ist als in den anderen beiden Staaten. Ebenso hat der Krieg das Geschäftsleben in der europäischen Türkei begreiflicherweise sehr beeinträchtigt. Außer Saloniki, hat vor allem Konstantinopel die Folgen des Feldzuges und der Verwüstungen, die er im Hinterlande bewirkte, zu spüren bekommen. Nicht wenig leidet auch Anatolien unter den Folgen der Mobilisierung und der dadurch hervorgerufenen Entblößung von arbeitskräftigen Menschen, die insbesondere in der Landwirtschaft fehlen werden.

Zum Schluß noch ein kurzer Blick auf Ostasien. China stand im Zeichen der Revolution, deren Nachwirkungen bis zum Schlusse des Jahres nicht behoben sind. Viele Kaufleute und Vertreter auswärtiger Firmen haben das Land verlassen oder doch ihre Tätigkeit einstellen müssen. Ueberdies äußert sich die japanische Konkurrenz so unwillkürlich, daß europäische Unternehmungen nur schwer standhalten können. Japan selbst zeigt alle die charakteristischen Merkmale eines kapitalistischen rasch entwickelten Staates: Teuerung, Arbeiterkämpfe, Geldknappheit. Es geht mit Riesenschritten vorwärts — zum Bankrott.

Nordamerika hat ein Reformjahr hinter sich. Das beweisen die bisher nicht erreichten Ziffern des

„Ja“, antwortete Frau Meyer, „Herr Born hat ihr Herz gewonnen und sie kann nur mit ihm glücklich sein!“

„Es ist auch ein netter junger Mann“, meinte Fräulein Silberstein.

„Das ist er“, sagte Frau Meyer mit Wärme. „Sehen Sie, mir hat die Geschichte erst auch nicht recht passen wollen, weil er ein Tölpel gewesen ist. Aber er hat mir doch das Leben gerettet und Hermine auch, wo andere uns im Stiche ließen.“

Frau Meyer verschluckte die Bille mit lächelndem Antlitze.

„Und dann“, fuhr Frau Meyer fort, „kann ich meiner lieben Hermine nicht leicht etwas abschlagen. Sie wäre unglücklich geworden!“

„Wenn nur der gefürchte Abend keine schlimmen Folgen hat“, begann Fräulein Silberstein.

„Wie?“ meinte Frau Meyer aufhorchend, „ist denn schon wieder etwas passiert?“

„Sie wissen noch nichts? Gar nichts?“

„Nein, gar nichts!“

„Aber denn“, erwiderte Frau Meyer mit großem Nachdruck, „gestern Abend hat eine große Versammlung der Arbeiter aus der Steinbecker Fabrik stattgefunden. Herr Born ist dabei erschienen.“

„Ist das strafbar?“ fragte die alte Frau.

„Das nicht“, sagte die Polizeiträtin eifrig hinzu, „aber Herr Born hat eine Rede gehalten und die Arbeiter zum Streik aufgefordert. Es heißt, man wolle gegen ihn wegen Ausbreitung Unterwerfung einleiten.“

„Das sind rechte Jugendstreiche“, sagte Frau Meyer. „Aber, wenn wir ihn erst recht hinter seinen Büchern sitzen haben und er sich auf seine Gramina vorbereiten muß, dann wird er solche Dinge schon von selber lassen. Und als gehobener Ehegatte erst recht!“

Fräulein Silberstein warf einen Blick an die Decke, der ungefähr bejahte sollte:

„Es ist zum Verzweifeln mit dieser alten Märrin!“

Aber Frau Meyer warf mit größter Ruhe hin:

„Über das Striden von Streikern und Tölpeln für arme Kinder und über das Sammeln von Zigarrenabschnitten, aus deren Erlös arme Kinder eine Weihnachtsfreude bereitet wird, hat sich Herr Born auch fertig gemacht!“

Der Schlag traf ins Schwarze. Die alte Frau fuhr in ihrem Bette empör, daß die Decke beinahe auf den Boden hinabfiel. Die drei Damen beickten sich, innerlich lachend, die erregte Alte wieder zuzudecken.

„Ich kann es nicht glauben, daß er so frivol ist“, rief sie, „ich kann es nicht glauben! Nein, ich kann es nicht glauben. Er ist doch noch ein so ordentlicher Mensch.“

Aber Frau Meyer war auf diesen Einwand gefaßt und hatte sich vorgelesen. Sie zog aus ihrer Handtasche die neuesten Nummern der beiden Wendheimer Tagesblätter und las die Stellen aus den Versammlungsberichten vor.

„Meine Brille!“ klagte Frau Meyer. „Ich muß es selber sehen.“

Man brachte ihr die Brille und sie sah es selber.

„Nein“, kreischte sie, „das ist zu stark. Selbstlose Wohlthätigkeit, Sammeln von Zigarrenabschnitten, Striden von Tölpeln und Streikern! Das soll aus Langeweile von alten Jungfern gesehen. Und die Arbeiter sollen zu stolz sein, solche Wohlthaten anzunehmen. O der Undankbare! Nein, das ertrag' ich nicht, ich ertrag' es nicht!“

Die alte Frau heulte und schluchzte, daß es hätte einen Stein erbarmen mögen!

„Ja, das ist sehr undankbar“, schrie Frau Meyer. „Und taktlos!“ rief die Polizeiträtin.

„Und frech!“ fügte Fräulein Silberstein hinzu.

Der Grimm der alten Frau schwoll an.

„Alles hätte ich erwartet, nur das nicht“, schrie sie heftig.

„Da werden Sie sich noch auf viel Ähnliches gefaßt machen müssen“, sagte Frau Meyer. „So geht es eben, wenn den Leuten die Klugheiten nicht anerkennen sind.“

„Ich will aber solche Dinge nicht mehr erleben“, rief die Alte weinerlich wie ein verzogenes Kind.

Frau Meyer zuckte die Achseln.

„So raten Sie mir doch! Was soll ich tun?“ siechte Frau Meyer kläglich weiter.

„Ein neues Testament machen!“ antwortete mit Ruhe Frau Meyer.

„Ein neues Testa— Testament?“ stammelte die Alte wie geistesabwesend.

„Gewiß“, antwortete die Polizeiträtin. „Und darin müssen Sie Ihre Rechte Hermine enterben, für den Fall, daß sie Herrn Born heiratet.“

„Enterben?“ stammelte wieder die Alte.

„Das heißt“, sagte Fräulein Silberstein, „Sie bestimmen, daß Fräulein Meyer nur dann Ihre Universalerbin wird, wenn sie einen Mann aus der guten Gesellschaft nimmt. Und ein solcher Mann ist Herr Hans Meyer, der Chef einer allberühmten Firma. Seine Mama bürgt uns für seine vorzügliche Erziehung. Hans Meyer und Hermine Meyer sind wie für einander geschaffen; so kommt Ehrbarkeit zu Ehrbarkeit und Vermögen zu Vermögen.“

Außenhandels und der Einwanderung, die auf eine Million Köpfe geschätzt wird. Kommt es zu der angekündigten Zolltarifreform, dann wird Europa davon voraussichtlich stark profitieren. Versteht sich: das Europa der Kapitalisten — so lange, bis Jupiter-Sozialismus die holde Jungfrau Europa zur Umarmung zwingt und ihre reizvollen Schätze auch dem Proletariat zugänglich macht. Darüber mag noch manches Jahr vergehen, denn nach ehernen Gesetzen muß der Kapitalismus sein Dasein vollenden. Aber wir leben in einer eifrigeren Zeit, und je größer der Kapitalismus seine Polypenarme nach allen fünf Erdteilen ausstreckt, desto besser für den Ritter St. Georg, so da den Drachen zu erlegen, von der Geschichte berufen ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Wie der Streit der christlichen Metallarbeiter in Menden geführt wird. Obwohl unser Lüdenscheider Parteiblatt bereits am Dienstag festgestellt hatte, daß christlich organisierte Metallarbeiter aus Menden nach Stuttgart geschickt worden sind, um dort streikenden Mitgliedern des deutschen Metallarbeiterverbandes in den Rücken zu fallen, brachte es am Donnerstag der christliche Gewerkschaftsangehörte Steinacker fertig, in einer Versammlung der Ausgesperrten und Streikenden den Leuten vorzuführen, daß in Stuttgart-Ludwigsburg kein Streik sei. Der deutsche Metallarbeiterverband behauptete nur, daß dort gestreikt werde, weil seine Mitglieder mit den Christlichen nicht zusammen arbeiten wollten. Diese Behauptung Steinackers ist umso dreister, da der christliche Bezirksleiter Hirtleifer selbst zugegeben hat, daß der christliche Metallarbeiterverband weiß, in Stuttgart-Ludwigsburg würde gestreikt. Die Verwaltungsstelle der deutschen Metallarbeiterverbandes, der zu Menden gehört, hatte eines ihrer dortigen Mitglieder am Montag telegraphisch beauftragt, den Christlichen mitzuteilen, daß in Stuttgart-Ludwigsburg gestreikt werde und daß deshalb Zuzug fernzuhalten sei. Nachdem das betreffende Mitglied des Metallarbeiterverbandes auf dem christlichen Verbandsbureau in Menden seinen Auftrag ausgeführt hatte, erklärte ihm der gerade anwesende christliche Bezirksleiter Hirtleifer in Gegenwart von Zeugen: Wir wissen, daß dort Streik ist! Und jetzt behauptet Steinacker das Gegenteil. In Menden sind zurzeit 1300 Arbeiter ausgesperrt, 1600 arbeiten bereits wieder. Donnerstag fanden Verhandlungen mit der Firma A. Schmale, bei der der Kampf entstand, statt. Über das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Christliche Konfusion im Saargebiet. Trotz der Klaffe der christlichen Gewerkschaftsführer, nicht in einen Streik einzutreten, kam es am 3. Januar auf den fiskalischen Saargruben „Belsen“ und „Gerhardt“ doch zum Zustand eines großen Teiles der Belegschaften. Der Grund war folgender: Die Delegierten hatten ihre Kündigung ebenfalls eingereicht. Auf Grund der zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften und der Berginspektion gepflogenen Verhandlungen nahmen sie an, daß die formelle Zurücknahme der Kündigung nicht nötig sei und es genüge, wenn sie zur Arbeit kämen. Die Inspektion sah aber die Kündigung als gegeben an und wollte die Sicherheitsmänner neu einstellen, wodurch sie aber ihres Amtes als Sicherheitsmann verlustig gegangen wären. Neue Verhandlungen führten nun aber zu einer Einigung, jedoch am Montag die Arbeit auch auf den beiden genannten Gruben wieder aufgenommen wird. Sehr stark haben bei dieser Arbeiterbewegung die katholischen Geistlichen ihre Hände im Spiel gehabt. In einem Schreiben des Bischofs von Trier wurden die Dekane der Dekane des Saarbergreviers aufgefordert, alles aufzubieten, um die Bergarbeiter von dem „unelken Streik“ abzuhalten. Das Schreiben wurde am 29. Dezember in einer Anzahl von Kirchen zur Verlesung gebracht, und es hat selbstverständlich in den Arbeiterkreisen nicht wenig überrascht. Lebhaftige Angriffe wurden auf den katholischen Klerus, der auf diese Art in die Bewegung eingriff, gerichtet. Am 30. Dezember nahm zu diesen Angriffen eine Präsidienkonferenz der katholischen Arbeitervereine des Saarreviers in Saarbrücken Stellung. 33 katholische Geistliche, die der Berliner Richtung angehören, erlassen nun in einem Saarbrücker Organ der Berliner Richtung eine Erklärung, in der es heißt:

„1. Sie protestieren gegen die in jüngster Zeit in zahlreichen Versammlungen von Agitatoren des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter vorgebrachte Unwahrheit, daß der katholische Klerus einer Erhöhung des Lohnes der Bergarbeiter entgegen sei.“

2. Sie erheben Protest gegen die infolge der genannten unwahren Verdächtigung laut gewordenen Schmähungen und Verunglimpfunge katholischer Geistlicher, welche in wohlmeinender Liebe zu den Arbeitern vom Streik abgeraten haben, weil sie überzeugt sind, daß derselbe unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen nicht eine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter herbeiführen muß.

3. Sie protestieren gegen die einseitige Berichterstattung gewisser (!) katholischer Zeitungen, insbesondere der „Kölnischen Volkszeitung“, „Augsburger Postzeitung“ und anderer über die Streikbewegung im Saarrevier. Dadurch ist die öffentliche Meinung irreführt und eine Schädigung der katholischen Arbeiterorganisation, die nach den Weisungen des heiligen Vaters überall unterstützt und gefördert werden muß, verurteilt worden.

4. Die Präsidien erklären, daß die Stellungnahme der katholischen Arbeiterorganisation auf dem Delegiertentag in Malfatt vom 15. Dezember v. J. (gegen einen Streik) durch den bisherigen Verlauf der Ereignisse vollkommen gerechtfertigt worden ist. Sie sind entschlossen, auch in Zukunft alle Zeit ungeachtet aller Verdächtigungen für die Rechte und das Wohl des Arbeiterstandes gemäß den katholischen Grundsätzen fest und entschieden einzutreten.“

Allem Anschein nach wird der Streit zwischen der Kölner und der Berliner Richtung von neuem angefaßt.

Lohnbewegungen in der Brauindustrie. Die Brauereiarbeiter in Karlsruhe und Umgegend haben in stark besuchten Versammlungen, die am 29. Dezember in Karlsruhe und Forstheim stattfanden, beschlossen, den Tarif mit den mittelbairischen Brauereien zum 1. Januar zu kündigen. 14 Brauereien kommen für den Tarif in Betracht. In Oberbaden (Freiburg u. Umg.) ist die Tarifbewegung ins Stoden geraten, weil die Unternehmer Obstruktion treiben und nicht weiter verhandeln wollen. Der Verband oberbairischer Brauereien will die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einfach diktiert. Einzelne Brauereien gehen jetzt dazu über, die Arbeiter durch Drohung mit Entlassung zur Anerkennung und Unterzeichnung der von den Brauereien festgesetzten Bedingungen zu zwingen. Der Terror ist im Verband oberbairischer Brauereien keine unbekannte Erscheinung, er wird in gleicher Weise gegen die Arbeiter wie gegen die Malzfabriken verübt. Bei der letzten Tarifbewegung in Freiburg und Umg. kam es zum Kampf; alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Herren wieder zum Kampf provozieren wollen. In München ist die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter durch Schlichtung des Einigungsamtes beendet worden, und damit eine Bewegung zum Abschluß gebracht, die allem Anschein nach zum Kampfe führen konnte. Die Unternehmer hatten zum letzten Tage der Verhandlungen vor

dem Gewerbegericht eine Tarifvorlage unterbreitet mit der Erklärung, daß die Vorlage nur als einheitliches Ganzes angenommen oder abgelehnt werden könne, weitere Verhandlungen über Verbesserungen seien ausgeschlossen. Die Brauereiarbeiter lehnten die Vorlage einstimmig ab und unterbreiteten ihrerseits reduzierte Forderungen. Über die Ablehnung ihrer Vorlage zeigten sich die Unternehmer in ihrem Antwortschreiben sehr ausgebracht und bekümmert, bequemen sich aber doch zu weiteren Zugeständnissen. Mit diesen beschäftigten sich die Arbeiter in einer Versammlung am 30. Dezember. Unter der Bedingung, daß noch verschiedene, näher bezeichnete Positionen von den Unternehmern akzeptiert werden, wurden die neuen Zugeständnisse der Unternehmer angenommen und zugleich die Bereitwilligkeit erklärt, über die noch vorhandenen Differenzpunkte das Schlichtungsamt des Einigungsamtes endgültig entscheiden zu lassen. Dieser Entscheidung durch das Einigungsamt stimmten die Unternehmer zu. So konnte das Einigungsamt bereits tags darauf entscheiden. Seine Entscheidung brachte den Arbeitern noch verschiedene wertvolle Zugeständnisse, unter denen besonders eine weitere Lohnerhöhung der schlechter bezahlten Arbeitergruppen von Bedeutung ist. Über die Sätze von dem Ultimatum der Unternehmer hinaus betragen die Lohnerhöhungen noch 2 Mark pro Woche für diese Gruppen. Insgesamt hat die Lohnbewegung einen vollen Erfolg gebracht und besonders wichtige, prinzipielle Fragen für die Arbeiter entschieden, so die Beseitigung resp. Begleichung der Sonntagsarbeit und Umwandlung der Stunden- in Wochenlöhne für große Arbeitergruppen. Damit war München ein Hemmschuh für ganz Bayern und darüber hinaus. Nun ist das Hemmnis nach hartnäckigen Verhandlungen beseitigt. Dieser Ausgang der Lohnbewegung wird die Münchener Brauereiarbeiter befriedigen, wenn auch die Verkürzung der Arbeitszeit für die inneren Betriebsarbeiter nur ¼ Stunde beträgt.

Soziales.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten mühen nach der Betriebskrankenkassenkorrespondenz als gescheitert anzusehen werden. Dreimal hatten das Reichsamt des Innern und das preussische Ministerium des Innern gemeinsam Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten eingeleitet. Auch die für den 6. d. M. anberaumte Konferenz mußte wieder abgefaßt werden. Staatssekretär Delbrück hat erklärt, daß er sich bei der Auswahl der Verbände Beschränkungen nicht auferlegen lassen kann, daß die Negierung nicht in der Lage ist nochmals einen Vermittlungsversuch zwischen den Ärzteorganisationen und den Kassenvorständen zu machen, und daß der Leipziger Verband die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches trägt.

Kommunales.

Die Gegner der Sozialdemokratie im Frankfurter Stadtparlament. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wählte am Donnerstag den Genossen Graef zum zweiten Vorsitzenden. Die Wahl erfolgte mit knapper Mehrheit, da die Rechtsstehenden sich mit aller Kraft dagegen wandten, daß einem Sozialdemokraten das Amt übertragen wird. Ein solcher Biete keine ausreichende Gewähr dafür, daß er den Repräsentationspflichten voll und ganz nachkommt. Ein Mittelständler machte außerdem geltend, daß einer Partei, die auf ihre Fahne geschrieben habe, den Mittelstand allmählich zu erdroffeln, unter keinen Umständen ein solch wichtiger Posten in einem großen Gemeinwesen zugestanden werden dürfe. Die Freisinnigen klappten unter der „Wacht“ dieser Reden gegen die Sozialdemokratie zusammen; nur etwa die Hälfte von ihnen stimmte für unseren Genossen Graef. Der Etat der Stadt Frankfurt schließt für das Jahr 1913 mit rund 158 Millionen Mark ab.

Aus dem Gerichtssaal.

Fünf Monate Gefängnis wegen vier Mark! Vor der Strafkammer in Waldenburg hatten sich die Handwerker H. H. H. Eheleute aus Dörnau wegen Diebstahls bezw. Hehlerei zu verantworten. Die Ehefrau hatte bei der Firma Gebrüder Giesch in Dörnau, wo sie als Spulerin arbeitete, nach und nach, wie sie in der Verhandlung behauptete, auf Geheiß ihres Mannes, ein Pfund grünes, ein Pfund blaues und zwei Pfund weißes Garn mit nach Hause genommen. Als sie wieder einmal drei Pfund Garn zum Mitnehmen in ihrer Tasche bereit gelegt hatte, wurde sie abgeführt. Der Ehemann hatte dazu geschwiegen und wohl auch einiges davon verarbeitet. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Frau fünf und gegen den Mann drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen erstere wegen eines vollendeten und eines versuchten Diebstahls auf vier Monate und gegen den Ehemann wegen Hehlerei auf einen Monat Gefängnis. Der Frau wurde ein Monat auf die verdächtige Unternehmungshaft angerechnet. — Ein Pfund Garn hat einen Wert von einer Mark. War die Frau nicht durch ihre Entlassung dafür schon genug gestraft, mußte da noch Anzeige erstattet werden? Die Firma hätte darauf verzichten können und die Eheleute, vor allem der bisher unbescholtene alte Mann, wären vor dem Gefängnis bewahrt geblieben. Hier trifft wieder einmal das Sprichwort zu: „Die Kleinen jängt man und die Großen läßt man laufen.“

Ein Offizier vor dem Kriegsgericht. Das Kriegsgericht der 16. Division, von dem wir bereits wiederholt Gelegenheit hatten, außerordentlich harte Urteile gegen gemeine Soldaten zu verhängen, hat dieser Tage gegen einen Offizier ein freisprechendes Urteil gefällt, das Aufsehen erregen dürfte. Die Verhandlung, welche unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, hatte bereits eine interessante Vorgeschichte. Der angeklagte Oberleutnant hatte die zum mindesten recht merkwürdige Gewohnheit, sich in seiner Wohnung stundenlang völlig nackt zu ergehen. Er stellte sich dann am hellen Tage ans Fenster, schob die Gardinen zurück und nahm dann allerhand unzüchtige Manipulationen vor. Der Offizier tat dies, trotzdem er wußte, daß er bei diesem Treiben beobachtet werden konnte. Seiner Wohnung gegenüber wohnte ein angesehenen Fabrikant. Eines Tages war ein Bruder des Fabrikanten bei diesem auf Besuch und als dieser aus dem Fenster das Treiben des Offiziers sah, rief er ihm einige allerdings recht derbe Bemerkungen zu. Hierauf trat auch der Fabrikant selbst ans Fenster und rief dem Offizier zu, ob er denn keinen Anstand gelernt habe. Der Offizier fühlte sich beleidigt und reichte gegen den Fabrikanten Privatklage ein. Dieser aber erkrankte nunmehr beim Oberst des Regiments Anzeige, die denn auch nach Vernehmung von mehreren Zeugen zur Anklage wegen Vergehen gegen § 183 (Bornahme unzüchtiger Handlungen und Erregung öffentlichen Aergernisses) führte. Vorher wurde noch die Verlesung des Offiziers nach Köln herbeigeführt. In der Verhandlung gab sich der Offizier Mühe, sein Verhalten als möglichst harmlos hinzustellen. Mit großer Entschiedenheit bestritt er, bei seinen Manipulationen irgendwie das Bewußtsein gehabt zu haben, sich dadurch strafbar zu machen. Nur haben wir kürzlich Verhandnis dafür, daß der Offizier sich gegen seine Berur-

teilung, die ja unzweifelhaft zu seiner Entlassung geführt haben würde, mit aller Macht wehrte. Weniger Verständnis aber können wir schon für die Art und Weise finden, wie das Gericht aus den Zeugenaussagen die Schuldlosigkeit zu beweisen suchte. Nachdem nämlich die Zeugen über ihre Beobachtungen befragt waren und übereinstimmend ihr Auslage der Anklage gemäß gemacht hatten, wurde aller folgende Frage vorgelegt: „Haben Sie bei Ihren Wahrnehmungen das Gefühl gehabt, daß der Angeklagte bei der Bornahme seiner unzüchtigen Handlungen bei sich selbst oder bei Ihnen geschlechtlichen Reiz oder Befriedigung herbeizuführen wollte?“ Diese Frage wurde auch den Zeuginnen vorgelegt. Daß diese Frage verneint wurde, kann schließlich nicht wundernehmen. Nur ein Zeuge beantwortete diese Frage dahin, daß er allerdings das Gefühl gehabt habe der Offizier sei pervers veranlagt. Wie der Verhandlungsleiter erklärte, soll es nach einer höchstinstanzlichen Entscheidung von der Beantwortung dieser Frage abhängen, ob die Tatbestandsmerkmale des § 183 erfüllt sind oder nicht. Da diese Frage von fast allen Zeugen aber verneint worden war, wurde der Offizier freigesprochen. Aus der Begründung des Urteils heben wir folgende bemerkenswerte Stellen hervor: Die Beweisaufnahme habe zweifellos ergeben, daß der Angeklagte wiederholt außerordentlich rüchloslos gehandelt, namentlich Damen gegenüber. Es steht weiter fest, daß der Angeklagte objektiv zweifellos unzüchtig gehandelt hat; dagegen hat das Gericht nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß der Angeklagte auch in subjektiver Weise sich gegen den fraglichen Paragraphen verhalten habe. Was die Erregung öffentlichen Aergernisses betrifft, so hält das Gericht auch hier die Tatbestandsmerkmale nicht für erfüllt, da die Öffentlichkeit nicht gegeben war, weil hierzu der Kreis der Öffentlichkeit individuell beschränkt war. Der Offizier mußte daher freigesprochen werden. — Und so werden wir, wenn auch das Zivilgericht sich zu denselben Anschauungen bekennen sollte, demnächst das Schauspiel erleben, daß ein anständiger Bürger bestraft wird, weil er sich gegen ein rüchlosloses unzüchtiges Handeln eines Offiziers gewehrt hat. Uns aber drängt sich bei diesem Freispruch unwillkürlich die Frage auf: Was würde wohl geschehen, wenn ein Arbeiter es wagen sollte, in seiner Wohnung solche Dinge vorzunehmen und ein preussischer Offizier hätte das Bergnügen, Zeuge seiner Handlungen zu sein?

Aus Nah und Fern.

Das Viehseuchengesetz gegen die Versammlungsfreiheit. Die preussische Polizei hat die lebenswürdige Gemohnheit, alle Mittel aufzubieten, die ihr geeignet erscheinen, Versammlungen zu verhindern. Sie nimmt wahrheitslieblich an, daß für sie selbst und für die Interessen, die sie vertritt, doch nichts Gutes bei den Versammlungen herauskommt. So hat die preussische Polizei wiederholt auch Versammlungen unterlag, wenn in der näheren oder weiteren Umgebung des Versammlungsortes die Maul- oder Klauenseuche ausgebrochen war. Ein solches polizeiliches Verbot, das vom Landrat und vom Oberpräsidenten bestätigt worden war, ist jetzt vom preussischen Oberverwaltungsgericht als rechtswidrig aufgehoben worden. Das Oberverwaltungsgericht betont ausdrücklich, daß aus dem § 7 des Vereinsgesetzes eine allgemeine Befugnis zum Erlaß sanitärer Verfügungen nicht abgeleitet werden könne. Das Viehseuchengesetz zähle alle Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit auf, darunter befände sich aber keine, die für den Fall der Maul- und Klauenseuche die Versammlung von Personen aus den verletzten Gebieten unter freiem Himmel verjage. „Selbst deshalb“, so heißt es in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts weiter, „ein Verbot in dieser Richtung auf Grund der besonderen Schutzgesetze nicht zu stützen, so sei es außerdem nicht angängig, zur Verhütung der öffentlichen Sicherheit weitere als die in jenen Gesetzen enthaltenen Maßnahmen aus allgemeiner Erwägung anzuordnen. Werde die Gefahr, deren Bekämpfung das Seuchengesetz regelt, vom Gesetzgeber nicht als eine solche betrachtet, daß zu ihrer Behebung ein Eingriff in das Versammlungrecht für erforderlich angesehen worden sei, so müsse ein solcher unterbleiben. Würde man mit dem Regierungspräsidenten annehmen, daß die Viehseuchengesetze nicht die zur Bekämpfung der Seuchen erlaubten polizeilichen Maßnahmen streng abgrenzen, sondern dem Reichsvereinsgesetz freien Spielraum ließen, den Seuchengefahren mit Einschränkung der Versammlungsfreiheit entgegenzutreten, so ergäbe sich die eigentümliche Folge, daß die Polizei auf Grund von § 7 des Reichsvereinsgesetzes zwar Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge, aber nicht Versammlungen im geschlossenen Raum trotz Vorliegens der gleichen Gefahr verbieten könne.“ Das Oberverwaltungsgericht macht schließlich der Polizei noch klar, daß sie nur da Versammlungen unter Berufung auf die Maul- und Klauenseuche verbieten könne, wo die Viehseuchengesetze solche ausdrückliche Verbote enthalten, wie z. B. bei Versammlungen auf einem solchen Gehöft, oder wenn der einzige zur Versammlung führende Weg infolge der Seuchen gesperrt ist. Das preussische Ministerium des Innern, das diese Entscheidung den nachgeordneten Behörden zur Kenntnis bringt, nicht nun diese Schlussbemerkung der Oberverwaltungsgerichtsentscheidung gleich aus und fügt ihr hinzu, daß durch diese Darlegung den Polizeibehörden die Befugnis nicht genommen sei, nach wie vor Versammlungen unter Hinweis auf herrschende Seuchen zu verbieten. Nur, so wird zur Belehrung der Polizeibeamten ausgeführt, dürfe das nicht mehr auf Grund des Vereinsgesetzes, sondern eben nur auf Grund des Seuchengesetzes geschehen. Außer den vom Oberverwaltungsgericht angeführten Fällen gäbe es noch eine große Reihe, die eine Handhabe für die Polizei bieten. Der preussischen Polizei wird dieser Wink nicht umsonst gegeben sein und so werden wir nach wie vor erleben, daß die Versammlungsfreiheit mit dem Viehseuchengesetz bekämpft wird.

Raubmord. Sonnabend nachmittag wurde in Plauen im Keller eines Hauses in der Schildstraße der fünfzehnjährige Kaufmannslehrling Kurt Gade durch Beilhiebe ermordet aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Gade war vormittags von seinem Chef beauftragt worden, einen Geldbetrag von 650 Mk. von der Post abzuholen und war seitdem verschwunden. Es verlautet, daß man dem Täter auf der Spur sei. Telegraphisch wird weiter gemeldet: Als Mörder des Kaufmannslehrlings ist der Lehrkollege des Ermordeten, der 16 Jahre alte Hermann Pehold aus Plauen verhaftet worden.

Drei Personen erschossen. In einem Walde bei Lehnborn in der Nähe von Braunichweig wurden am Sonnabendmorgen die Leichen von zwei Männern und einer Frau erschossen aufgefunden. Die Vermutung, daß es sich bei den männlichen Leichen um die beiden Braunschweiger Bandenführer handelt, hat sich nicht bestätigt. Die Toten sind zwei Arbeiter von etwa 25 und ein Mädchen von 28 Jahren. Die Toten scheinen die Beteiligten eines Liebesdramas zu sein.

Seine Mutter erschossen. Der Häusler Sabransky in Goelke bei Leppig-Schönau hat seine Mutter erschossen und seine beiden Brüder und seine Schwester durch Wessersche Schwer verletzt.

Ein Nachwächter erschossen. Ständhaltende Buchsen gaben in Hötter auf den Nachwächter Schelp, der sie

waltungswege zu verwirklichen! Man fragt sich, welche staatsgefährlichen Pläne diese „einflussreiche Stelle“ denn zu verwirklichen sucht. Und da lese man: „Diese Sonderpläne sind auf weitestgehende Zentralisierung der Krankenkassen gerichtet, obwohl, wie schon mandmal nachgewiesen ist, hiergegen die größten praktischen Bedenken sprechen... Der Gesetzgeber wollte auch, daß in größerem Umfange Landkrankenkassen errichtet werden. Trotzdem brachte es jene Stelle im Ministerium anfänglich fertig, daß entgegen aller preussischen Ubertreibung die Eigenart der Verhältnisse auf dem Lande nicht berücksichtigt und möglichst wenig neue Landkrankenkassen gegründet werden sollten.“ Weiter wird behauptet, daß ein von jener Stelle beeinflusster Ministerialentwurf sich auch noch in mannigfacher anderer Hinsicht über den Willen des Gesetzgebers hinwegsetzt, indem die Kassen nach Belieben straukuliert werden, um die gewünschte Zentralisation zu erreichen. Als rechtsungültig wird weiter die ministerielle Anweisung bezeichnet, die verlangt, daß in jedem Kreis nur eine Ortskrankenkasse bestehen dürfe. Der Artikel schließt: „Man kann sich nicht denken, daß derartige Akte der Willkür im Sinne der preussischen Staatsregierung, namentlich des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe, liegen. Es dürfte aber höchste Zeit sein, jene Stelle nicht mehr so frei und selbständig schalten und walten zu lassen. Im anderen Falle könnten sich doch demnächst für die Staatsregierung recht unliebbare Folgen ergeben!“

Auf den ersten Blick erkennt man, daß hier Wünsche der Junker und Agrarier vorliegen. Und trotzdem der Artikelschreiber zugeben muß, daß „inzwischen sich erzieulicherweise noch stärkere Einflüsse (als die einflussreiche Stelle) geltend gemacht haben, sodaß hinsichtlich der Landkrankenkassen) eine teilweise Wandlung eingetreten ist“, droht der staatsbehaltende Mitarbeiter der „Post“ recht kräftig, wenn die Staatsregierung den Junkern nicht ganz zu Willen ist. Gewiß liegt die Zentralisierung der Krankenkassen nicht im Interesse der Reaktionen, aber desto mehr im Interesse der Versicherungen. Da aber eine ganze Anzahl Paragraphen der Reichsversicherungsordnung auf eine Zentralisierung der Kassen hinarbeitet, so ist es nur Pflicht der zuständigen Stelle der Reichsregierung, in diesem Sinne zu wirken.

Die Demokratische Vereinigung und die Landtagswahlen.

Der Ausschuß und der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung beschloßen am Sonntag in einer gemeinsamen Sitzung, die in Berlin stattfand, einstimmig, „an allen geeigneten Punkten mit voller Kraft in die preussischen Landtagswahlen einzugreifen.“ Ein demnächst stattfindender Parteitag wird sich mit diesen Wahlen näher zu beschäftigen haben.

Protest gegen v. Hertlings Bayerischen Staatsanzeiger.

Eine scharfe Rüge hat sich der bayerische Ministerpräsident, Herr v. Hertling, von den bayerischen Zeitungsverlegern, die sich am Sonntag in Nürnberg in einem Verein zusammenschloßen, zugezogen. Der Verein nahm zu der Gründung des Bayerischen Staatsanzeigers Stellung. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Der in Nürnberg tagende Verein Bayerischer Zeitungsverleger legt hiermit Verwahrung ein gegen das gewerbetreibende Verhalten, welches die königlich bayerische Staatsregierung aus Anlaß der Gründung der Bayerischen Staatszeitung speziell durch die Einsetzung der jährlichen Gewaltmittel für ein zum großen Teil privatkapitalistisches Zweck dienendes Unternehmen herabsetzt. Er beklagt das Vorgehen der königl. Staatsregierung umso mehr, als es geeignet ist, die wirtschaftliche Existenz zahlreicher, namentlich kleiner Zeitungsverleger aufs schwerste zu schädigen. Als besonderen Beschwerdepunkt bezeichnet der Verein die in keinem andern Bundesstaat übliche Verquickung von Staatszeitung und Staatsanzeiger. sowie die mit den Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht zu vereinbarenden propagandistischen Maßnahmen, welche in dem Zwangsabonnement, in der Herabsetzung des Inseratenpreises, in der quasi Monopolisierung bestimmter Anzeigenkategorien zugunsten des Unternehmens, endlich in der direkten und indirekten Mißwirkung staatlicher Organe für die Abonnentenwerbung gefunden werden muß. — Es wird der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die königl. Staatsregierung ihr Verhalten in bezug auf die bayerische Staatszeitung in Zukunft den Normen anpaßt, die im deutschen Zeitungsgewerbe Geltung haben und dadurch die wirtschaftlichen Schäden abwendet, welche infolge ihres Verhaltens schon eingetreten sind oder einzutreten drohen.“

In der Frage der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Ziehung zuzugestehen in der bayerischen Presse nicht zu veröffentlichen.

Südlichen-Wachstums Nachfolger.

Der deutsche Botschafter von Rom, Herr v. Jagow, ist zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt worden. Der Unterstaatssekretär Zimmermann, der eigentlich Tragballen in der deutschen Auslandspolitik, hatte abgelehnt und gleichzeitig versichert, auch unter dem neuen Staatssekretär im Amte bleiben zu wollen.

Gottlieb v. Jagow wurde am 22. Januar 1863 in Berlin geboren. Er wurde 1897 Legationssekretär in Hamburg, im Oktober desselben Jahres zweiter Sekretär an der Botschaft in Rom. Im Juli 1900 kam v. Jagow als Legationssekretär an die Gesandtschaft in Haag, wurde dann im März 1901 wiederum nach Rom versetzt und rührte dort in den Posten eines ersten Botschafters, den er über 5 Jahre bekleidete. Dann wurde v. Jagow als wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat ins Auswärtige Amt berufen. Im Jahre 1907 trat v. Jagow aus dem Auswärtigen Amt aus und kam an die Gesandtschaft in Luxemburg. Zwei Jahre später wurde er Botschafter in Rom, welchen Posten er bis jetzt innehat. In den Brennpunkten des politischen Lebens im Ausland, in Wien, in Paris, London und Petersburg war Herr v. Jagow alle noch nicht tätig und die Entwürfe in Venedig und im Haag bieten für die diplomatische Geschäftsführung kein Betätigungsfeld.

Eigentlich weiß man von dem neuen Zentner unserer Auslandspolitik nur, daß er Korpsbruder des Kaisers ist und daß er als deutscher Botschafter in Rom von dem bevorstehenden Ausbruch des Tripoliskrieges nichts gewußt hat.

Österreich-Ungarn.

Oesterreichs Rüstungskosten. Während in London sich die Verhandlungen derart zugespitzt haben, daß die Frage, ob der Krieg wieder beginnt oder nicht, nur noch an einem Fädchen hängt, veröffentlicht die Wiener Regierung, wieviel ihr bisher schon die Rüstungen aus Anlaß des Balkankrieges gekostet habe. In einem offiziellen Communiqué wird mitgeteilt, daß in einem gemeinsamen Ministerrat am Sonnabend der Kriegsmminister Krobatin eine genaue Aufstellung über die Maßregeln, die die Heeresverwaltung mit Rücksicht auf die gespannte äußere Lage ergriffen hat, gegeben habe, und ziffernmäßig die Kosten dieser militärischen Vorberemittungsmaßregeln darlegte. Bis zum 31. Dezember 1912 sind ungefähr 190 bis 200 Millionen von der Heeresverwaltung aufgewendet worden. Die Summe setzt sich zusammen aus Neuanschaffungen von Ausrüstungsgegenständen, Vermehrung der Artillerie und erhöhte Mehrkosten für die Verpflegung der Truppen. Die Verpflegungssumme wird mit 7 1/2 Millionen monatlich veranschlagt. Der Kriegsmminister gab sodann einen Ueberschlag über die Kosten, die die Maßnahmen der Heeresverwaltung in den nächsten Wochen noch erfordern dürften. Ob noch größere Beträge von der Kriegsverwaltung in Anspruch genommen werden, hängt von der Gestaltung der internationalen Lage ab. Marinekommandant Montecucoli gab dann die gleiche Aufstellung über die Mehrausgaben der Marine. Außerdem wies er neuerlich auf die Notwendigkeit hin, mit dem Bau neuer Schiffe zu beginnen. Die etwas ausführliche Art, in der die österreichische Regierung in diesem Stadium ihre Rüstungskostenrechnung aufmacht, läßt auf bestimmte Absichten schließen. Wahrscheinlich soll die Kostenrechnung etwaige Ansprüche begründen, die die österreichische Regierung bei der endgültigen Regelung der Balkanfrage zu erheben gedenkt.

Balkan.

Die Friedenskonferenz ist gestern unterbrochen worden. Aus London wird hierüber unter dem gestrigen Datum berichtet: Die heutige Sitzung der Friedenskonferenz, die um 4 Uhr begann, endete mit der Beratung der Verhandlungen nach 14stündiger Beratung auf unbestimmte Zeit. Reschid Pascha unterbreitete schriftlich ein Exposé auf die Forderungen der Alliierten. Die Türkei sei zu weiterer Nachgiebigkeit insofern bereit, als sie die Grenzlinie des abzutretenden thrazischen Gebietes so weit östlich zu legen bereit sei, daß sie nahezu mit der des Friedens von San Stefano zusammenfällt. Dagegen lehne sie die Uebergabe von Adrianopel ab und mache den Verzicht auf die Rechte über Kreta davon abhängig, daß von den Alliierten der Anspruch auf die Ägäischen Inseln fallen gelassen wird. Obgleich die Balkan-Delegierten zu verstehen gaben, daß sie in dieser Erklärung eine Ablehnung ihrer Forderungen erblickten, suchten die Türken eine Diskussion herbeizuführen, die aber glatt abgelehnt wurde. Die Verbündeten zogen sich zurück und gaben dann eine gemeinsame Erklärung dahin ab, daß sie mangels ausreichenden Eingehens der Türkei auf ihre Forderungen und bei der Aussichtslosigkeit, auf Grund der türkischen Antwort zu einer Verständigung zu gelangen, die Beratungen der Konferenz für suspendiert erachteten. Darauf erklärte der heutige Präsident Komarowitsch die Konferenz für geschlossen, ohne sie für einen neuen Termin einzuberufen.

In unterrichteten Kreisen wird die Lage durchaus nicht als hoffnungslos angesehen. Einmal rechne man mit der Abneigung der Verbündeten, die Feindseligkeiten zu beginnen, und außerdem mit den Bemühungen der Mächte, den Frieden unbedingt herbeizuführen.

Ueber die gestrige Sitzung der Friedenskonferenz erzählt das Reutersche Bureau folgendes: Reschid Pascha unterbreitete folgende neue Vorschläge der Pforte:

1. Die Türkei ist bereit, im Norden Adrianopels einige Gebietszugebände zu machen, jedoch mit Ausschluß Adrianopels selbst.
2. Die Türkei begibt sich ihrer Rechte auf Kreta unter der Bedingung, daß die Abtretung keiner anderen Insel von ihr verlangt wird.

Die Mitglieder der türkischen Mission versließen darauf den Konferenzsaal, während die Delegierten der Balkan-Verbündeten zurückblieben und nach längerer Beratung zu folgendem Beschluß kamen:

Die Vorschläge der türkischen Delegierten entsprechen nicht den von den Verbündeten in der vorhergehenden Sitzung formulierten Forderungen und die vorgeschlagene neue Grundlage für Verhandlungen ist nicht derart, daß sie zu einer Verständigung führen könnte. Die Delegierten der Verbündeten sehen sich daher genötigt, die Arbeiten der Konferenz zu suspendieren.

Nach der Rückkehr der Türken in den Saal verlas Präsident Komarowitsch die Antwort der Verbündeten und hob die Sitzung auf. Die Türken protestierten und erklärten, der Präsident sei nicht berechtigt die Sitzung aufzuheben. Nachdem die formelle Sitzung beendet war, wurde den Türken, in der folgenden allgemeinen Unterhaltung erklärt, die Verbündeten beabsichtigten nicht, einen Abbruch der Verhandlungen herbeizuführen; da aber eine zufriedenstellende Antwort auf die Vorschläge der Verbündeten vom Freitag nicht eingegangen sei, suspendierten sie die Arbeiten so lange, bis eine zufriedenstellende Antwort erfolgt sei. Im weiteren Verlauf der nicht formellen Unterhaltung erklärte Reschid Pascha, er habe beabsichtigt, über die Reorganisation Adrianopels zu sprechen, sei aber der Gelegenheit beraubt worden, dies zu tun. Es wurde ihm gesagt, die Angelegenheit sei bereits in einer früheren Sitzung besprochen, in der erklärt worden sei, daß

die Konferenz nichts mit den Bedingungen des Waffenstillstandes zu tun habe. Die Türken verließen etwas erregt den Saal.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die Delegierten der Balkanstaaten der Meinung, daß die Vertagung der Konferenz über das griechisch-orthodoxe Weihnachtsfest hinaus den Türken zu weiterer Ueberlegung Zeit geben wird, so daß es ihnen möglich ist, bei der nächsten Sitzung annehmbarere Vorschläge zu machen. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich am Donnerstag, Es ist möglich, daß inzwischen unter den Delegierten der beiden Parteien private Verhandlungen gepflogen werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 7. Januar.

Die Bürgerchaft erlebte im letzten Jahre 155 Senatsanträge, 6 Kommissionsberichte und 7 Initiativanträge. Eine Sitzung war nicht öffentlich; dreimal fanden namentliche Abstimmungen statt. Von den 120 Bürgerchaftsmitgliedern haben 99 das Wort genommen, davon 17 einmal. Zusammengetreten ist die Bürgerchaft im letzten Jahre zu 27 Sitzungen, die insgesamt 95 Stunden in Anspruch nahmen. 1902 kam unter Parlament nur zu 19 Sitzungen zusammen, die 53 Stunden dauerten. 1903 wurden 18 Sitzungen von insgesamt 56stündiger Dauer abgehalten; 1904: 19 Sitzungen von 56stündiger Dauer; 1905: 27 Sitzungen von 78stündiger Dauer; 1906: 24 Sitzungen von 79stündiger Dauer; 1907: 10 Sitzungen von 64stündiger Dauer; 1908: 23 Sitzungen von 88stündiger Dauer; 1909: 26 Sitzungen von 100stündiger Dauer; 1910: 23 Sitzungen von 101stündiger Dauer; 1911: 22 Sitzungen von 92stündiger Dauer.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im November 1912 äußert sich der Verband norddeutscher Arbeitsnachweise für Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg in Nr. 12 des „Reichs-Arbeitsblattes“ folgendermaßen: Die Gesamtlage zeigte sich an allen Orten, der Jahreszeit entsprechend, weniger günstig. Auch an den Orten, in denen im Vormonate das Abflauen der Erwerbsmöglichkeiten gegenüber den gleichen Monaten anderer Jahre einen geringeren Grad erreichte, ist im Berichtsmonate die Arbeitsgelegenheit teilweise wesentlich zurückgegangen. Die Landwirtschaft hatte weniger Bedarf an Arbeitern als im Vormonate; dagegen zeigte sich durchgehend eine Steigerung gegenüber dem Monat November 1911. In der Eisen- und Metallindustrie war der Beschäftigungsgrad gut. Doch scheint für diese Berufe infolge zersplitterter Einstellungen in den vorhergehenden Monaten der Bedarf an Arbeitern ziemlich gedeckt zu sein. Immerhin ist eine Entlastung des Arbeitsmarktes von Arbeitern dieser Berufe eingetreten. Für Holz- und Bauarbeiter wird insbesondere über wenig befriedigende Verhältnisse des Arbeitsmarktes berichtet. Es erscheint wohl auch ausgeschlossen, daß für die nächsten Monate hierin eine Aenderung sich ergeben wird. Ob und inwieweit der Berichtsmonat die alljährlich um dieselbe Zeit sich zeigenden Erscheinungen mehr als sonst wieder spiegelt, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Für ungelernete Arbeiter war die Erwerbsmöglichkeit ebenfalls geringer als im Vormonate. Gegenüber berichtet allerdings Jleisburg, wo die Nachfrage eine geringe Steigerung erfuhr. In Hamburg war die Lage wie im Oktober. Für Hilfsarbeiter in Speicherei- und Lagerhausbetrieben sehr flau, für jugendliche Arbeiter befriedigend. Der Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgerwebe in Jleisburg hatte im Vergleiche mit dem Parallelmonat 1911 eine beträchtliche Steigerung aufzuweisen, während sich gegenüber dem Vormonate eine in der Jahreszeit begründete geringere Abnahme ergab.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezbr. auf 1160 (1161), die der Besucher auf 1265 (1239). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen im derselben Sache wiederholt 168 Personen. Mithin sind im Monat Dezbr. 992 (964) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1237 (1266), darunter nach auswärtig schriftlich 42 (40). Von den Besuchern waren organisiert 641 (670) Personen, und zwar gewerkschaftlich 416, politisch 28, gewerkschaftlich und politisch 197. Unter den verbleibenden 614 Nichtorganisierten befanden sich 285 Angehörige von Organisierten und 43 (57) Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 815 (795) männlich, 480 (422) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1128 (1107); selbstständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 117 (112); Vereine, Organisationen und Behörden 20 (20). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 971 (968) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 118 (98), Oldenburg 69 (71), Mecklenburg 49 (50), Preußen 56 (49), und sonstige 7 (3). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterverficherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 304 (288), Arbeits- und Dienstvertrag 203 (250), bürgerliches Recht 460 (549), Strafrecht 106 (92), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 123 (144), Arbeiterbewegung 6 (7), Privatversicherung 15 (20), Handels- u. Gewerbesachen 11 (8), Verhältnisse 9 (12). Von den Auskünften machten 266 (302) die Anfertigung von 375 (405) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 31 (42) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 264 (269) Postsendungen. Der 27. Dezbr. zeigte mit 88 (65) die höchste, der 14. Dezbr. mit 85 (82) die niedrigste Besucherzahl.

Beschlossene Briefe. Durch das Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches ist u. a. die Verlegung und Beförderung von verschlossenen Briefen im Ursprungsorte gegen Befahlung durch Boten, die im Dienst einer Privatbeförderungsanstalt stehen, wozu auch die Privattelegraphenanstalten gehören, verboten. Diese Vorschrift scheint, wie die Reichspost bekannt macht, nicht allgemein bekannt zu sein, denn in letzter Zeit sind, wie dem Kaiserlichen Postamt in Hannover mitgeteilt wird, vielfach Uebertretungen der obigen Gesetzesbestimmungen bei der Zuständigen Behörden zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Bei der Unterjähung dieser Uebertretungsfälle hat sich herausgestellt, daß in den Kreisen des Publikums auch über den Begriff „verschlossener Brief“ Unklarheiten bestehen. So wird zum Beispiel vielfach angenommen, daß Briefe als unverschlossen angesehen werden müßten, wenn eine Ette des Umschlages abgehoben ist. Diese Annahme ist irrig. Nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts ist eine Sendung (Brief oder Paket) im gesetzlichen Sinne als verschlossen zu erachten, wenn an derselben irgendeine Vorrichtung angebracht oder mit derselben eine Manipulation vorgenommen worden ist, welche das Hineingelangen zu dem Inhalt der Sendung nur unter Ueberwindung eines Hemmnisses und — von dem Falle der Verlegung der Sendung oder des Verschlusses abgesehen — nur unter Entdeckung einer besonderen, unter den Begriff der Öffnung des Verschlusses fallenden Tätigkeit macht. Daß dagegen das dem Hingelangen zum Inhalt entgegenstehende Hindernis von erheblicher Art und daß das Öffnen des Verschlusses mit Schwierigkeiten verbunden sein müsse, ist aus dem Begriff des „Verschlusses“ nicht zu entnehmen.

Die Enteignungskommission ist vom Senat eingesetzt worden, welche die zur Erbauung der Nebenbahn Travemünde-Mindorf benötigten Grundflächen, soweit dieselben im Privatbesitz sind und ihr freihändiger Erwerb zu angemessenen Preisen nicht möglich sein sollte, zu enteignen hat. Der Kommission gehören die Senatoren Hr. Ewers, Dr. Neumann und Vermehren an.

Die Kinderdarstellung des Arbeiterbildungsvereins findet morgen nachmittags im Stadttheater statt. Zur Auf- führung gelangt „May und Moritz“ sowie im Anschluß daran das große Märchenbuch. Da der Beginn auf präzise 3 Uhr festgesetzt worden ist, so ist es notwendig, daß sich die Besucher schon spätestens 3¼ Uhr im Theater ein- finden.

Anmeldung Militärpflichtiger. Die im Staate Lübeck wohnhaften Militärpflichtigen haben sich in diesem Jahre wie folgt zur Stammrolle anzumelden: 1. aus den Landgemeinden: 1) am Sonnabend, dem 18. Januar, vorm. von 9 bis 12 Uhr in Ruffe, im Lokale des Gastwirts W. Bütt die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden: a) Ruffe, Poggensee, Kihnerau, Gr.-Schretzkaten, Al.-Schretzkaten und Tramm; b) Albsfelde, Behlendorf, Dühelsdorf, Giesensdorf, Harnsdorf, Hollenbed und Sierstraße. Den in den unter b genannten Landgemeinden wohnhaften Militärpflichtigen bleibt es überlassen, sich in Ruffe oder Lübeck zu melden. 2) am Mittwoch, dem 15. Januar, mittags von 11 bis 1 Uhr in Travemünde im Gemeindebureau die Militärpflichtigen aus Travemünde und den Landgemeinden Brodten, Gneversdorf, Jvendorf, Rönnau und Teutendorf. 3) am Freitag, dem 24. Januar, mittags von 11 bis 1 Uhr in Schlutup, Polizeibureau, Westoer Straße 1 die Militärpflichtigen aus der Landgemeinde Schlutup. 4) am Mittwoch, dem 29. Januar, mittags von 11 bis 1 Uhr in Rückniz im Lokale des Gastwirts W. Diefelmann die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden Rückniz, Pöppendorf, Dummersdorf, Herrenwog und Siems. II. aus der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Landgemeinden in Lübeck im Geschäftsraum der Erbschaftskommission, Schlüsselbuden 16, 2. Etage in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vorm. und zwar an demjenigen der nachstehend bezeichneten Tage, hinter welchem der An- gangsbuchstabe des Familiennamens angegeben ist. 1) am Mittwoch, dem 15. Januar: A; 2) am Donnerstag, dem 16. Januar: B; 3) am Freitag, dem 17. Januar: C; 4) am Sonnabend, dem 18. Januar: D, E; 5) am Montag, dem 20. Januar: F, G; 6) am Dienstag, dem 21. Januar: H, J; 7) am Mittwoch, dem 22. Januar: K, L; 8) am Donnerstag, dem 23. Januar: M; 9) am Freitag, dem 24. Januar: N, O; 10) am Sonnabend, dem 25. Januar: P, Q; 11) am Montag, dem 27. Januar: R; 12) am Dienstag, dem 28. Januar: S; 13) am Mittwoch, dem 29. Januar: T, U, V; 14) am Don- nerstag, dem 30. Januar: W; 15) am Freitag, dem 31. Jan- uar: X, Y, Z. Zur Anmeldung sind verpflichtet alle militär- pflichtigen, welche ihren dauernden Aufenthalt im Lübeck- schen Staatsgebiete haben, und zwar sowohl diejenigen, die im Jahre 1893 geboren sind, als auch diejenigen der älteren Jahresklassen, welche noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben. Sollen Militär- pflichtige, die hiernach zur Anmeldung verpflichtet sind, zur- zeit von hier abwesend sein, so haben deren Eltern, Vor- mütter, Lehr-, Brot- und Fabrikherren die Verpflichtung, sie hier zur Stammrolle anzumelden. Bei der Anmeldung zur Stammrolle haben diejenigen Militärpflichtigen, welche im Lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Ge- burtschein vorzulegen. Dieser wird vom Standesamt des Geburtsortes kostenfrei erteilt. Vorlage des Taufscheines genügt nicht. Militärpflichtige, welche sich schon vor einer Erbschaftsbehörde gestellt haben, müssen ihren Lösungsschein mit- bringen. Lübeckische Staatsangehörige, welche in Lübeck zu dienen wünschen, haben bei der Anmeldung zur Stammrolle ihren Staatsangehörigkeitsausweis oder den Bürgerbrief des Vaters vorzulegen. Von der Anmeldung sind befreit die- jenigen Militärpflichtigen, welche mit einem Berechtigungs- schein zum einjährig-freiwilligen Dienst versehen sind und auf Grund desselben zurückgestellt, sowie diejenigen, die mit einer besonderen Ausstansbewilligung versehen sind. Wer die vorgeschriebene Meldung zur Stammrolle unterläßt, wird nach § 25 der Wehroordnung mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Die verjämte Meldung ist nachzuholen.

Gewerbeanmeldungen für die Monate Oktober, Novem- ber, Dezember 1912. Agenten und Kommissionäre 16, Anti- quitäten- und Mobilienhändler 1, Auskunfts-bureau 1, Auto- mobilfuhrwerksbesitzer 1, Bäcker 5, Barbier und Friseur 4, Bauunternehmer 1, Besorger fremder Rechtsangelegenheiten 1, Blumen- und Kranzbinder 1, Bootbauer 1, Briefmar- kenhändler 1, Brothändler 3, Bügelinstitute 1, Butterhän- dler 1, Droghändler 2, Fahrtrahnhändler 1, Fettwarenhän- dler 3, Fischhändlerinnen 1, Flaschenbierhändler 1, Friseur 2, Friseurinnen 5, Frucht- und Gemüsehändler 1, Fuhrwerksbe- sitzer 1, Gärtner 1, Gastwirte 2, Gipsfigurenverfertiger und -händler 1, Grünwarenhändler 1, Händler 17, Händlerin- nen 3, Heilmagnetiseur 1, Herrengarderobengeschäfte 1, Hö- fer und Flaschenbierhändler 1, Höferinnen und Flaschenbier- händlerinnen 1, Infasso- und Auskunfts-bureau 1, Institute für Schönheitspflege 1, Käsehändler 1, Kaufleute 8, Klemp- ner 1, Kohlenhändler 1, Kolonialwarenhändler 3, Konfitü- renhändler 1, Konditore 1, Krämer und Flaschenbierhän- dler 3, Krämerinnen und Flaschenbierhändlerinnen 2, Kunft- blumenverfertigerinnen 1, Kunstgärtner 1, Lederwarenhän- dlerinnen 1, Maler 1, Maler 4, Maschinenfabriken und Tief- bohrunternehmer 1, Maurer 1, Metzgerhändler 1, Milchhän- dler 2, Mineralwasserfabrikanten 1, Modistinnen 1, Möbel- händler 1, Musik- und Terzaggeschäfte 2, Müller 1, Obst- und Gemüsehändler 2, Papierwarenhändler 1, Papierwaren- händlerinnen 1, Photographen 1, Puffgeschäfts-inhaberinnen, Räucherwarenhändler 1, Schänkwirte 10, Schänkwirterinnen 1, Schlachter 2, Schlachtereigenschäfte 1, Schneider 4, Schneiderin- nen 16, Schuhmacher 3, Schuhwarenhändler 1, Spirituosen- händler 1, Süßfruchthändlerinnen 1, Tabak- und Zigarren- händler 2, Tischler 2, Tischlereinhaberinnen 1, Trödler 1, Trödlerinnen 3, Uhr- und Goldwarengeschäftsinhaberinnen 1, Viehhändler 1, Wäscheinstitute 1, Wäscher 1, Wäscherin- nen 4, Weiß-, Woll- und Kurzwarenhändlerinnen 1, Zigar- renhändler 2, zusammen 195.

Billige und teure Garnisonen im IX. Armeekorps. Nach den für das IX. Armeekorps für das 1. Halbjahr 1913 festge- setzten Sätzen ist Wangerode die teuerste Garnison. Es be- tragen dort die Verpflegungsgelder für den Unteroffizier 64, für den Gemeinen 49 Pfennig und der Betrag für die Fleischn- portion 29,57 Pfennig. Die übrigen Garnisonen des Korps weisen folgende Sätze auf: Altona: Hamburg 58 M , 44 M und 27,754 M ; Bremen 55 M , 42 M und 26,436 M ; Flensburg 55 M , 42 M und 26,13 M ; Güstrow 52 M , 40 M und 23,93 M ; Hadersleben 52 M , 40 M und 23,84 M ; Harburg 59 M , 45 M und 28,74 M ; Iphoe die billigste Garnison, 51 M , 39 M und 23,47 M ; Lübeck 52 M , 40 M und 23,8 M ; Würzig 55 M , 42 M und 26,16 M ; Neumünster 56 M , 43 M und 26,504 M ; Neustrelitz 52 M , 40 M und 24,06 M ; Parchim 54 M , 41 M und 25,02 M ; Ratzeburg 55 M , 42 M und 26,11 M ; Rendsburg 55 M , 42 M und 26,41 M ; Rostock 59 M , 45 M und 28,676 M ; Schleswig 56 M , 43 M und 26,67 M ; Schwerin 60 M , 45 M und 29,29 M ; Stade 54 M , 41 M und 25,45 M ; Wandsbek 55 M , 42 und 25,54 M ; Wismar 55 M , 42 M und 26,46 M .

Cuxhaven 57 M , 43 M und 27,214 M ; Friedrichsort 58 M , 44 M und 27,58 M ; Heigoland 61 M , 48 M und 26,59 M ; Kiel 55 M , 42 M und 25,57 M ; Lohse 54 M , 41 und 25,29 M ; Sön- derburg 52 M , 45 M und 24,04 M ; Ludwigslust 61 M , 46 M und 29,94 M . — Wenn daraus Schlüsse in bezug auf die Preise der Lebensmittel zu ziehen wären, müßte Lübeck eine sehr billige Stadt sein. Schade, daß die Einwohnerschaft nichts davon bemerkt.

Sein 20jähriges Bühnenjubiläum feiert heute der so außerordentlich bestellte und allabendlich gefeierte Komiker des Stadttheaters, Herr Martin Thiel. Für den in der Vollkraft seines Könnens stehenden Künstler geht vielfachen Anregungen entsprechend, heute Dienstag den 7. Januar abends 8¼ Uhr der Sensationsklager „Sündenböcke“ als Benefizvorstellung nochmals über die Bretter. Herr Thiel darf eines vollen Hauses sicher sein. — Am Mittwoch findet keine Vorstellung statt, dagegen gibt sich starke Nachfrage für die Donnerstag erfolgende Premiere des Originalschwanks „Die Welt ohne Männer“ kund, worin Glita Verma in einer Glanzrolle beschäftigt ist. Man beachte die kleinen Eintrittspreise!

Wer ist der Eigentümer? Am 30. v. Mts. ist in der Leberstraße ein herrenloser draufgetrichener zweirädriger Handwagen stehen geblieben. Der unbekanntere Eigentümer wird erlucht, sich beim Polizeiamt zu melden.

Wäschebiefahl. In der Silvesternacht sind vom Hofe eines an der Moislinger Allee belegenen Hauses folgende Wäschestücke gestohlen worden: 3 Damenhemden, wovon eines „L. N.“ gezeichnet ist, 2 Nachtkjaden, 1 Damenbeinkleid, 1 weißes Herrenhemd, 1 Herren-Normalunterhose und 3 Hand- tücher gezeichnet „N.“

Verhaftet. Festgenommen wurde ein galizischer Erd- arbeiter, der gemeinschaftlich mit einem anderen Arbeiter in Rückniz altes Blei gestohlen hat.

Neues Stadttheater. Aus der Kanäle wird uns ge- schrieben: Außer den beiden Wagneropern „Tanhäuser“ und „Der fliegende Holländer“ bringt die Direktion in dieser Woche am Donnerstag, dem 9. noch eine dritte Oper heraus und zwar als Neuinszenierung nach zwei- jähriger Pause Puccinis „Madame Butterfly“, in der er es meisterhaft verstanden hat, das japanische Milieu zu treffen. Bei dem außerordentlichen Erfolg, den das Werk bei seinen hiesigen Aufführungen hatte, ist zu erwarten, daß die diesjährige Wiederholung sicher auch im Sinne der vielen Verehrer des Meisters liegt. Bei dieser Gelegenheit sei auch nochmals auf die hiesige Erstaufführung der Komödie „Der guttliche Frack“ von Dregely am Freitag, dem 10. hingewiesen.

Hamburg. Ein Werk- und Armenhäuser als Fallhämmer. Seit längerer Zeit ist im Werk- und Armenhaus der 63 Jahre alte frühere Photograph und Optiker Sch. interniert. Schon vor einiger Zeit tauchte der Verdacht auf, daß Sch. Fallhämmer betriebe, denn man fand ein falsches Zweimarkstück unter seinem Bett. Da Sch. schon insgesamt 20 Jahre Zuchthaus wegen Fallhämmererei ver- büßt hat und mehr als fünfmal hier, sowie in Lüneburg und Lübeck wegen Münzverbrechen unter Anklage stand, wurde er, seitdem man das Fallstück gefunden hatte, besonders scharf beobachtet. Mamentlich während seiner Urlaubstage wurde er genau verfolgt. Diese Beobachtungen führten am Montag zu seiner Festnahme. In seinen Taschen fand man verschiedene Gipsformen, die zur Herstellung von Halbmark- stücken sowie Ein- und Zweimarkstücken dienen. Die Fall- stücke hat er während seiner Urlaubstage angefertigt und zur Herstellung derselben Zinn mit Antimon benutzt. Die Werk- stücke, wo er die Fallhämmererei ausführte, hatte er in einem Logierhaus an der Reeperbahn untergebracht, wo er sich an jedem Urlaubstage ein Zimmer mietete und die Fallstücke herstellte. Die meisten Fallstücke hat der Verhaftete, der in seinem Beruf ein Genie war, einst bessere Tage gesehen hat und viel in der Welt umhergereist war, bei Straßenhändlern abgesetzt, die sich an dunklen Plätzen aufgestellt hatten. — Todessturz im Trockendock. Beim Anbordgehen stürzte der an Bord des zurzeit im Trockendock bei Stillen liegenden Dampfers „Kunz“ beschäftigte Kochmaat L. Messerschmidt vom Steg, der die Verbindung zwischen dem Schiff und dem Dock herstellte, und fiel auf den Boden des Docks. Bei dem Sturz aus zirka 12 Meter Höhe erlitt M. so schwere Ver- letzungen, daß er bald nach dem Unfall starb.

Blankeneise. Entgleisung eines Personen- zuges. Vor der Einfahrt in Klein-Flottbek entgleisten gestern früh 7.30 Uhr drei Wagen eines von Blankeneise kom- menden Personenzuges. Der erste Wagen hatte die Ein- fahrtsweiche bereits passiert, als plötzlich auf bisher noch unaufgeklärte Weise der zweite und der dritte Wagen aus den Schienen sprangen, zum Glück aber aufrecht stehen blie- ben. Von den Fahrgästen des dichtbesetzten Zuges ist nie- mand verletzt. Die Fahrt Blankeneise-Altona war für 12 Stunden gelperrt. Der Betrieb von Blankeneise bis Othmar- schen wurde durch Pendelzüge von Othmarschen bis Ohlsdorf aufrecht erhalten.

Kiel. Unfall des Kreuzers „Straßburg“. Montag abend 6 Uhr kollidierte vor Friedrichsort der Kreuzer „Straßburg“ mit dem dänischen Dampfer „Christian IX.“ Aber die Kollision wird weiter gemeldet, daß der Dampfer „König Christian IX.“ den Kreuzer „Straßburg“ gerammt hat. Die Abteilungen 13 und 14 im Vorderstift des Kreuzers liefen voll Wasser. Von der Besatzung wurden ein Mann schwer und zwei Mann leicht verletzt. Der dänische Dampfer scheint nicht beschädigt zu sein.

Kiel. Tarifbewegung in Kieler Saage- merke. Die Vereinigung der selbständigen Bildhauer und Studateure hat dem Bauarbeiterverband die Tarife für Studateure zum 31. März 1913 gefündigt. Ferner hat die Vereinigung der Dachdeckermeister dem Bauarbeiterverband den Tarif für die Dachdecker zu demselben Termin gefündigt. Die beiden Unternehmerorganisationen haben in dem Kündi- gungsschreiben ausgedrückt, daß diese Kündigung auf Be- schluß des Unternehmerverbandes Kiel erfolgt ist. Die Un- ternehmer erklären in ihrer Zuschrift, daß sie eine Erneue- rung der zum 31. 3. 1913 abgeschlossenen Tarifverträge ein- heitlich auf 3 Jahre ermöglichen wollen, in der Voraussetzung, daß der bestehende Vertrag auf weitere 3 Jahre verlängert wird.

Essexfische. Der größte Sprottfang, der seit Jahrzehnten zu verzeichnen war, ist hier am Montag ge- fangen worden. Es sind 180 000 bis 150 000 Wall Sprott gefangen worden.

Süchoc. Mehrere hunderttausend Mark unterirdisch. Der hier wohnende sog. Pantier Jo- hann Wohrdieck, der früher in Krempe als Vertreter der Firma Calmann tätig war und zuletzt mit einem Hambur- ger Bankier Heckler seine Börsengeschäfte machte, ist mit seiner Frau verschwunden. Vermutlich hat er sich nach Ita- lien gewandt, da er sich einen Paß dorthin hat ausstellen lassen. Der glückliche soll mehrere hunderttausend Mark un- terirdisch haben. Seine Opfer befinden sich hauptsächlich in der Kremper Marsch. Mit dem veruntreuten Gelde hat er verfehlte Börsenspekulationen ausgeführt.

Burgdorf bei Celle. Erstickten. Der Arbeiter und Holzschuhmacher Thiele in Klein-Burgwedel hatte im Dorf- fruge mehrmals mit dem Arbeiter Friedrich Döpte Streit

angefangen. Als Döpte wegging, folgte Thiele ihm und verfehlte ihm hinterrücks einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod des Döpte herbei- führte. Bald nach der Tat stellte sich Thiele freiwillig bei dem Amtsgericht in Burgwedel; er wurde verhaftet.

Oldenburg. Das oldenburgische Beamten- Besoldungsgesetz, das noch kurz vor den Weihnachts- ferien vom Landtag beschlossen wurde, erregte wegen der von der Regierung unbedingt geforderten ledigen abhänge großen Unwillen bei der ledigen Beamtenschaft. Durch die so- eben veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz versucht die Regierung, diesen Unwillen etwas zu be- schwichtigen. Danach haben die Schulvorstände umgeben festzustellen, welche Lehrer an den Volksschulen noch unverheiratet sind. Von den Abhängigen verschont bleiben solche Lehrer, die zum Unterhalt dritter Personen, wie Eltern oder Geschwister, beizutragen angehalten sind. Ein Zusam- menwohnen mit diesen Personen ist nicht bedingt, lediglich der Nachweis der Zuwendung an solche Verwandte, mögen diese auch anderswo ihren Wohnsitz haben, genügt. Aller- dings unterliegt jeder Einzelfall der Prüfung des Oberschul- kollegiums. Die Schulvorstände werden besonders ersucht, ihre Feststellungen zu beschleunigen, da das Gesetz nicht nur bereits am 1. Januar in Kraft getreten ist, sondern rück- wirkend auch für das Jahr 1912 Geltung hat.

Standesamtliche Nachrichten

vom 29. Dezember 1912 bis 4. Januar 1913.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
24. Dezember 1912. Heizer F. Kayser. 28. Gärtner G. F. Scheel. Arbeiter F. A. F. Humann. 29. Tischler G. F. G. B. Gffinger. 30. Geschäftsführer W. A. C. Bud. Bureaubeamter H. J. G. Wiende. Klempnermeister R. J. A. Thode. Arzt Dr. med. H. R. Péc. 31. Schmied G. J. M. Schlapmann. Maurer A. F. B. Weife.
1. Januar 1913. Tischler P. R. G. W. Bollow. arbeiter A. F. Meyer.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
21. Dezember 1912. Arbeiter G. F. Heilmann (Goth- mund). Schuhmachermeister G. Chr. F. Freitag. 23. Tele- graphenarbeiter G. Chr. F. Deuthien. 25. Oberkellner G. Chr. F. Gückstädt. 26. Bureaubeamter G. A. Delfs. Ver- sicherungsbeamter G. G. Ewers. 27. Arbeiter F. A. G. Heyden. 28. Friseur W. F. G. Weger. Landmann G. H. A. Liedemann. 29. Zimmermann F. W. G. F. R. Schmeil. Kellner G. Chr. F. J. Keimers. 30. Fensterreiniger P. F. G. Willwater. Arbeiter G. A. G. Falchen. Kaufmann O. G. Hartkopf. 31. Geprüfter Lokomotivheizer W. A. H. F. Kober. Schlachtermeister F. G. Jalaš. Lehrer P. R. F. Scheel.
1. Januar 1913. Maschinenschlosser F. G. F. Dorendorf. Schugmann F. W. Garnisch. Arbeiter F. G. H. Jönsson. Kaufmann G. F. Böge. 2. Geschäftsführender G. R. M. Behrens.

Angeordnete Aufgebote.

30. Dezember 1912: Praktischer Arzt Dr. med. R. A. W. Kracek und R. M. F. Hübschmann in Königsberg i. Pr. Arbeiter D. Schroeder in Schönwalde und F. Müller in Czerek. Schlossergeselle A. G. Grauensdorf in Hannover- Linden und G. H. F. Bunzler. Müllergeselle R. D. W. Schütt und F. M. D. Hoffmann in Hamburg. Kraftwagen- führer H. J. B. Steen und A. W. K. A. Jacobs. 31. Schau- steller R. H. A. Fischer und die gesch. G. R. F. C. W. Ste- rat geb. Brinkmann. Schneidergeselle F. W. Busch und die gesch. A. F. A. Kieß geb. Wulff.
2. Januar 1913: Arbeiter F. W. J. G. Peters und R. G. W. Wuck. Elektrowerkmeister A. W. G. F. P. Rohloff und R. A. Rohwedder. Lokomotivführeranwärter F. G. R. Scheel und R. D. S. Cruel. Maurer A. Strehlau und M. Dembeck, beide in Adl. Kamionten. 2. Tischlergeselle M. J. K. Duuck und A. G. M. Janssen. Postbote Chr. G. G. Lüders und G. M. L. Behndt. Lehrer F. F. Otto und M. Chr. G. Stöver. Malergeselle W. G. F. Möller und M. A. S. Olniczek. Schriftfeger W. J. D. Loose und M. G. Kewohl. Laternenwärter F. J. G. Wiende und R. D. Chr. Möller.

Chefschließungen.

31. Dezember 1912: Arbeiter F. W. Schwache in Krem- pelsdorf und A. G. R. Kähler.
2. Januar 1913: 2. Musikfeter im Infanterie-Regiment Nr. 175 R. J. K. F. W. Behrens in der Feste Courbiere bei Graubenz und G. J. M. Priehn in Graubenz. 3. Ar- beiter A. R. A. Weife und G. M. G. Meyer. 4. Strafen- bahnschaffner P. J. M. M. G. Oberländer und Witwe H. D. C. Ollrogge geb. Bollow. Arbeiter F. Moskowiak und G. Szymczak. Schuppenmeister A. G. F. Denker und A. K. G. G. Jabs. Schiffsoffizier R. K. Häufker in Hamburg- Winterhude und E. D. G. G. Fried.

Sterbefälle.

28. Dezember 1912: W. J. G. Quade, 9 Mt. O. G. G. Schröder, 3 Mt. 29. A. R. Greve, 2 Mt. G. M. G. Främke, 17 J. W. G. G. Howe, 24 J. M. G. geb. Keefe, Witwe des Privatmanns M. G. Staack, vorher verwitwete Nordhorst, 65 J. W. G. Rubert, 14 J. G. Gastwirt W. J. G. Borwardt, 48 J. G. Wilger, 1 J. 30. Ein todtgeb. Knabe. B.: Arbeiter A. J. G. Brüggmann. 2. Mt. geb. Bier. Ehe- frau des Arbeiters F. G. F. Barthels, 22 J. M. R. F. geb. Meyer, Witwe des Hutmachers F. W. Kroplin, 82 J. G. G. geb. Schlatom, verw. Uthroidt, Ehefrau des Arbeiters F. G. R. Langhans, 68 J. G. Willwater, 2½ St. 31. Ein todtgeb. Knabe. B.: Güterbodenarbeiter G. F. G. Köhn. Privat- mann F. G. F. Rehder, 92 J. Arbeiter F. G. Böttcher, 72 J. Oberstabs- und Regimentsarzt des Infanterie-Regi- ments Lübeck (3. San.) Nr. 162, Dr. med. J. G. Brill, 50 J.
1. Januar 1913: A. G. geb. Beth, Witwe des Dienst- manns F. G. Reich, 60 J. Kaufmann J. G. W. Meyer, 22 J. G. R. R. Meinen, 4 J. G. G. geb. Reher, Witwe des Arbeiters G. C. F. G. Rehmoldt, 76 J. Arbeiter G. J. G. Müller, 77 J. 2. Mt. G. geb. Fischer, Ehefrau des Arbeiters G. F. A. Holldorf, 59 J. D. G. G. geb. Jürgens, Ehefrau des Hafenarbeiters J. F. F. Grube, 47 J. Ju- genieur P. Kugel, 38 J. (Hamburg). 3. F. G. R. Blöb, 10 J. W. R. Jabs, 2 Mt. J. R. G. Bederer, 4 Mt. E. S. Burmeister, 7 Mt. J. geb. Deverto, Witwe des Bäckers F. Kulla, 66 J. 4. J. R. D. geb. Buck, Ehefrau des Land- manns H. A. G. Liedemann, 39 J. Ein todtgeb. Mädchen, B.: Monteur M. G. Huber.

Quittung.

Für den W a h l o n d s q u i n t a l ein:
D. Traventinde für 4. Quartal . . . 3,50 Mt.
Von R. G. R. für 1. Quartal . . . 1,00 Mt.
Das Parteisekretariat.
Bromme.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Mein diesjähriger

INVENTURAUSSVERKAUF

beginnt am Mittwoch, den 8. Januar.

Derselbe bietet in allen Abteilungen ganz ausserordentlich günstige Gelegenheitskäufe, besonders auch von solchen Waren, die nicht mehr in vollen Sortimenten vorhanden sind oder auch gänzlich ausverkauft werden sollen.

Mein Prinzip „Zu jeder Saison neue Waren“ zwingt mich zur Vorname ganz erheblicher Aussortierungen, und um eine möglichst radikale Räumung zu erzielen, zu sehr tiefen Preisherabsetzungen.

Nach dem Gesetz ist die Dauer des Inventur-Ausverkaufs auf 14 Tage beschränkt, und liegt es in jedermanns Interesse, diese kurze Zeit für Einkäufe auszunutzen.

Die Preis-Herabsetzungen betragen bis zu 75 %.

Auswahlsendungen von Ausverkaufswaren können nicht gemacht werden, ebenso findet ein Umtausch in diesen Artikeln nicht statt. / Aenderungen von Konfektion werden zum Selbstkostenpreis berechnet. / Gutscheine werden nicht in Zahlung genommen.

Rudolph Karstadt Lübeck

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die Mitteilung, daß ich das von Frieda Metz bisher geführte Geschäft am heutigen Tage förmlich übernommen habe und von nun an unter meinem Namen weiter betreiben zu wollen.

Carl Mazanke
Wollweberstraße 4.

Preußische Lose

Ziehung 1. Klasse 13. und 14. Januar 1913

187)	1/2	1/3	1/2	1/1
	5.—	10.—	20.—	40.—

sind bei mir zu haben.

Lübeck, Breite Straße 53, I. Falck,
Telephon 58. Königl. Lotterie-Einsahmer.

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Bockbieres

Der Ausstoß unseres

beginnt am
Freitag, dem 10. Januar 1913.

Aktienbierbrauerei Lübeck.
Adler-Brauerei, A. Hammerich.
Bavaria-Brauerei, Altona.
Brauerei Walkmühle, H. Lück.
Elbschloß-Brauerei Nienstedten.
Hansa-Brauerei Akt. Ges.
Schloßbrauerei Kiel Akt. Ges.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung! Metallarbeiterinnen- Versammlung

am Mittwoch, dem 8. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Die Vertrauensperson.

Verband d. Maler!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 8. Januar

abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

- Tagesordnung:
1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.
 2. Abrechnung von der Weihnachtsfeier.
 3. Kartellbericht.
 4. Verschiedenes.
- Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Der Vorstand.



Turnverein
„Eichenfranz“
Schwarzen-
Renfelde.

Turnen der Männer-Abteilung
Dienstag und Donnerstag
von 9 1/2 Uhr bis 10 Uhr.

Turnen der Altersriege
Montag, den 13. Januar
von 9 1/2 Uhr bis 10 Uhr.
im Vereinslokal „Hotel Kronprinz“
Anmeldungen von Mitgliedern
werden an den Turnabenden ent-
gegengenommen.
Der Turnrat.

Hansa-Theater Anfang 8 1/2 Uhr. Noch nie dagewesen! Zirkus Liliput

Vorher die hervorragend.
Spezialitäten. (173)

Nach der Vorstellung ab
11 Uhr Kabarett.
Neue Künstler.

Mittwoch, 8. Januar 1913
nachmittags anfang 4 Uhr
Kinder- und Schüler-
Vorstellung.
Kleine Preise.

Stadthallentheater.

Heute, Dienstag, 7. Jan., 8 1/2 Uhr:
Berliner Ensemble-Gastspiel.

... Komiker-Benefiz ...

Martin Thiels
20jähriges Bühnenjubiläum.
Auf vielfachen Wunsch:

Sündenböcke.

Der größte Schläger seit Jahren!
Wittchenlange Lachsalven. (182)
Kleine Preise!
Keine Vorverkaufsgebühr!
In Vorbereitung:
Die Welt ohne Männer.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, den 8. Januar 1913.
Abends 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr
Außer Abonnement.
Einmalige Aufführung.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel von W. Meyer-Förster.
Kleine Preise. 188

Donnerstag, den 9. Januar 1913.
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
15. Brst. i. B. u. 16. Brst. i. D. Donnerstag-V.

Madame Butterfly.

Oper von G. Puccini.
Große Preise.
In Vorbereit.: Der guttsende Frack.
Komödie von Gabriel Dregetz.

Achtung Radfahrer! (54)
Schmidts Prima Löwenpneumatic
ist das beste und billigste.
Kartell zu billigsten Tagespreisen.
H. A. Hill Nachf., Johannistr. 9.

156 Allgäuer
Kräuterkäse ..

Stück ca. 1 Pfund 60 Pf.
mit Butter gem. Vid. 120 Mt.

Carl Hinz,
Lebkuchenhäuser.
Breite Straße 55.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 8. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52

- Tagesordnung:
1. Bericht von der Weihnachtsfeier.
 2. Abrechnung von der Weihnachtsfeier.
 3. Abrechnung von der Weihnachtsfeier.
 4. Stellungnahme zu den anstehenden Wahlen.
 5. Verschiedenes.
- Der Vorstand.